

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

Leßke, Felix; Singfield, Kim Elaine; Blasius, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Leßke, F., Singfield, K. E., & Blasius, J. (2019). *Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum*. (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 20). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68586-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



FGW-Studie

Integrierende Stadtentwicklung 20

Heike Herrmann, Jan Üblacker (Hrsg.)



Felix Leßke, Kim Elaine Singfield, Jörg Blasius

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum



Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.i.L.)
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Liquidator_innen (vormals geschäftsführender Vorstand)

Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Dirk Messner

Themenbereich

Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Themenbereichsleitung
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent

Layout

Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2512-4749

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, Dezember 2019

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

Auf einen Blick

- Wie auch in anderen Großstädten treffen in Köln die Phase der Integration und der angestrebte Umzug von Flüchtlingen in eine eigene Wohnung auf einen sehr angespannten Wohnungsmarkt. Dies erschwert die Suche nach einer eigenen Wohnung und kann damit die Integration behindern.
- Flüchtlinge berichten in zahlreichen Fällen von Diskriminierungen bei der Suche nach einer eigenen Wohnung.
- In den meisten Fällen haben Flüchtlinge bei dem Schritt in eine eigene Wohnung Hilfe, so z.B. von öffentlichen Einrichtungen, wie dem Kölner Auszugsmanagement, und von Ehrenamtlichen.
- Die befragten Flüchtlinge sind mit ihren Wohnungen und ihrer Wohnumgebung in fast allen Fällen sehr zufrieden. Besonders die Faktoren Sicherheit und Ruhe werden positiv hervorgehoben.
- Als negativ werden vorrangig weite Wege und eine mangelnde Infrastruktur genannt. Weiterhin werden die fehlenden Möglichkeiten, Leute im Wohngebiet kennenzulernen sowie ein hoher Migrantenteil im Wohngebiet als problematisch angesehen.
- Die persönlichen Netzwerke der Flüchtlinge sind sehr differenziert und befinden sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohngebiete. Die wichtigsten Kontakte bestehen aber weiterhin zu Personen aus dem eigenen Kulturkreis.

Abstracts

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

Der Umzug von Flüchtlingen in eine eigene Wohnung ist ein wichtiger Schritt im Integrationsprozess. In der Literatur gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass die Unterbringung in einer privaten Wohnung einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vorzuziehen ist. Eine eigene Wohnung bietet die Grundlage für ein eigenständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe, indem sie Ruhe, Sicherheit und Privatsphäre ermöglicht. Auch erleichtert sie die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben des Aufnahmelandes und ermöglicht einen weitergehenden Einblick in die Strukturen des Landes.

Die vorliegende Studie untersucht die gegenwärtigen Bedingungen auf dem Kölner Wohnungsmarkt, die Bedeutung einer eigenen Wohnung für die Integration und den Weg von Flüchtlingen in eine eigene Wohnung. Hierzu wurden im Zeitraum von September bis Oktober 2019 in Köln Flüchtlinge befragt, die diesen Schritt bereits erfolgreich vollzogen haben. Insgesamt konnten bisher 13 Interviews geführt werden, welche den Weg in die eigene Wohnung nachzeichnen, die persönlichen Netzwerke in ihrer räumlichen Dimension erfassen und die Wohnstandards der Flüchtlinge aufzeigen.

Relocation of refugees to regular housing

The relocation of refugees to their own private apartments represents an important step in the integration process. There are numerous indications in the literature that the accommodation in a private home is to be preferred to an accommodation in shared housing. An apartment of one's own provides the basis for an independent life and social participation by enabling security and privacy. The new home will help to participate in the social life of the host country and to gain a deeper insight into the structures of the country.

The present study examines the present conditions of the Cologne housing market, the importance of having a private apartment for the integration and the ways refugees have found their apartments. Within the period from September to October 2019, refugees who have already successfully completed this step were interviewed in Cologne. A total of 13 interviews have so far been conducted to trace their way into their own apartments, to capture the spatial dimensions of personal networks and to point out the living standards of the refugees.

Inhalt

Tabellenverzeichnis	5
1 Einleitung	6
2 Die Unterbringung von Geflüchteten in Köln	8
2.1 Zahlen & Geschichte der Unterbringung in Notunterkünften	8
2.1.1 Köln	9
2.1.2 Der Unterbringungsmix	10
2.2 Integration in die Gesellschaft	14
2.2.1 Warum ist die eigene Wohnung so wichtig?	16
2.2.2 Soziale Netzwerke und Chancen auf dem Wohnungsmarkt	18
2.2.3 Ein hoher Migrationsanteil als Hindernis für Integration?	20
2.2.4 In welche Wohngebiete erfolgt die Integration in Köln?	21
2.3 Der Kölner Wohnungsmarkt	22
3 Flüchtlinge und Wohnen in Köln - Ergebnisse der Kölner Flüchtlings-Studien	24
3.1 Flüchtlingsunterbringung in Köln	24
3.2 Bedeutung von Segregation	26
3.3 Anforderungen an den Wohnungsbestand	27
3.4 Die Perspektive der Flüchtlinge	27
3.5 Die Akzeptanz der Anwohner	29
4 Studiendesign und Verlauf	29
4.1 Forschungsfragen	29
4.2 Forschungsdesign	31
4.3 Verlauf der Studie	31
4.4 Probleme und Hindernisse	33
5 Ergebnisse der Studie	33
5.1 Soziodemografische Merkmale der Befragten	33
5.2 Merkmale der Wohnungen	34
5.3 Erfahrungen bei der Wohnungssuche	34
5.4 Zufriedenheit in der eigenen Wohnung und in der Nachbarschaft	36
5.4 Das Wohngebiet als Lebensmittelpunkt	38

5.5 Einschätzung durch die Interviewer	41
6 Fazit	42
Über die Autor_innen	44
Literaturverzeichnis	45
Anhang	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Anträge auf Asyl in Deutschland seit 1995, Stand: 09.2019	9
Abbildung 2: Entwicklung der Zahlen Geflüchteter in Köln seit 2010, Stand: 30.09.2019	10
Abbildung 3: Vierstufiges Unterbringungsmodell der Stadt Köln	12

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Unterbringungsformen der Flüchtlinge in Köln, 2017-2019.....	13
Tabelle 2: Unterbringungsarten von Flüchtlingen in Kölner Stadtteilen, Stand: 31.03.2018	22
Tabelle 3: Aussagen zu der Nachbarschaft.....	37
Tabelle 4: Verlassen des Wohngebietes.....	39
Tabelle 5: Kontakte innerhalb der Nachbarschaft	39
Tabelle 6: Kontakte außerhalb der Nachbarschaft	40
Tabelle 7: Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse	41

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Liste der Ansprechpartner bei der Adressakquise	50
Anhang 2: Musterfragebogen (deutschsprachig).....	51

1 Einleitung

Die massiv gestiegenen Flüchtlingszahlen in der zweiten Jahreshälfte 2015 stellten die Städte und Kommunen vor große Herausforderungen. Insgesamt wurden 2015 in Deutschland 441.899 Erstanträge auf Asyl gestellt; 2016 waren es sogar 722.370 Erstanträge (BAMF 2019, S. 5). In kürzester Zeit musste die bestehende Infrastruktur zur Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen¹ massiv ausgebaut werden, um zumindest Obdachlosigkeit und eine humanitäre Katastrophe unter den Flüchtlingen zu verhindern. Insgesamt lässt sich festhalten, dass dies bei aller berechtigten Kritik auch in einer Vielzahl von Fällen durch pragmatische Lösungen und tatkräftiger Unterstützung durch zahlreiche Ehrenamtliche gelungen ist. Trotzdem können die Notunterkünfte niemals einen Standard liefern, der einen längerfristigen Aufenthalt in diesen Einrichtungen empfehlenswert erscheinen lässt. Besonders die Belegungen von Turnhallen oder Baumärkten muss als große Belastung ihrer Bewohner_innen angesehen werden, da dort kein Mindestmaß an Privatsphäre, Ruhe und Autonomie gewährleistet werden kann, sondern allenfalls eine grundlegende Versorgung und ein Dach über dem Kopf. Mittlerweile sind die Zuwanderungszahlen deutlich zurückgegangen und diese Formen der Unterbringung konnten weitgehend beendet werden. Doch auch weiterhin leben viele Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften, die zwar abgetrennte Kojen aufweisen, aber trotzdem kein eigenständiges Leben ermöglichen und damit auch keine selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe. Der Umzug in eine eigene Wohnung ist somit ein wichtiger Schritt der Integration und sollte das Ziel einer aktiven Integrationspolitik sein.

Gerade in den großen Städten trifft diese weiterführende Phase der Integration jedoch auf überhitzte Wohnungsmärkte. In den vergangenen Jahren stiegen in allen großen Städten Deutschlands die Immobilienpreise und die Mieten – und dies insbesondere in den bevorzugten innerstädtischen Wohngebieten. Besonders im Bereich des bezahlbaren und sozial geförderten Wohnens übersteigt derzeit die Nachfrage das Angebot und erschwert für sozial schwache Bevölkerungsgruppen die Suche nach einer eigenen Wohnung. Dies hat zur Folge, dass das Wohnen in der Stadt häufig nur noch in der Peripherie oder in sozial benachteiligten Wohngebieten möglich ist.

Köln verfolgt derzeit eine Politik, die darauf abzielt, Flüchtlinge über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Dies lässt sich jedoch praktisch kaum realisieren, da die Wohnungen in den zentrumsnahen Gebieten mit mittlerer oder gehobener Sozialstruktur für die meisten Flüchtlinge, besonders wenn die Miete über das Jobcenter finanziert wird, nicht bezahlbar sind und die Kosten deutlich über dem Fördersatz liegen. Das Risiko der ethnischen Segregation steigt damit

¹ In dieser Arbeit werden die Begriffe *Flüchtling* und *Geflüchteter* synonym verwendet. Dabei sind hiermit Personen gemeint, die asylsuchend oder geduldet sind, einen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltserlaubnis haben. Dies entspricht der Definition, die von der Stadt Köln verwendet wird.

an. Schon aus diesen Gründen ist es wichtig, dass nicht nur die Frage gestellt wird, wie Flüchtlinge schnellstmöglich in eine eigene Wohnung umziehen können, sondern auch, wie und wo dies geschehen soll.

Diese Fragen sollen im Rahmen der vorliegenden Studie diskutiert werden. Die hier vorgelegte Untersuchung ist die Fortsetzung eines groß angelegten Projektes, in dem seit dem Frühjahr 2016 die „Integration von Flüchtlingen in Hamburg, Köln und Mülheim an der Ruhr“ untersucht wird und das bis zu seinem unerwarteten Tod Anfang 2019 unter der Leitung von Professor Jürgen Friedrichs stand. Im Rahmen der Kölner Flüchtlings-Studien wurden sowohl Interviews mit Expert_innen als auch Befragungen von Flüchtlingen in Wohnunterkünften durchgeführt. Für nahezu alle Befragten war das Thema der eigenen Wohnung für die Flüchtlinge von besonderer Wichtigkeit. Während die Expert_innen darin einen wichtigen Schritt der Integration sahen, war es für die Flüchtlinge ein wichtiges persönliches Ziel, um in Deutschland ‚anzukommen‘. Einige der Flüchtlinge waren zu diesem Zeitpunkt bereits auf Wohnungssuche und berichteten uns von langen Bewerbungslisten, überlaufenen Besichtigungsterminen und Diskriminierungen durch die Wohnungseigentümer_innen bei der Vergabe der Wohnungen.

Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung, der einer eigenen Wohnung im Integrationsprozess zukommt, haben wir uns entschlossen, Fälle zu untersuchen, bei denen der Schritt in eine eigene Wohnung bereits gelungen ist. Das Ziel der Studie ist, die Wege der Flüchtlinge in die eigene Wohnung nachzuzeichnen, die Lebensbedingungen dieser Personen sowie ihre sozialen Netzwerke zu untersuchen und zu beschreiben, wie sie ihr neues Umfeld wahrnehmen.

Um dies leisten zu können, haben wir anhand eines quantitativen Befragungsdesigns Flüchtlinge in Köln befragt, die bereits in eine eigene Wohnung umgezogen sind. Wir haben die Befragung in Köln durchgeführt, da hier durch die Kölner Flüchtlings-Studien die lokalen Besonderheiten der Flüchtlingspolitik und -unterbringung bekannt waren und gute Kontakte zur Verwaltung, sowie zu Flüchtlingsorganisationen bestehen. Darüber hinaus ist der Kölner Wohnungsmarkt in besonderem Maße angespannt, so dass wir davon ausgehen, dass die Flüchtlinge hier relativ viele Probleme haben werden. Insgesamt konnten bislang 13 Interviews in den jeweiligen Muttersprachen der Befragten durchgeführt und ausgewertet werden.

Im Folgenden wird zunächst die Situation der Flüchtlinge in Köln beschrieben. Dies umfasst sowohl eine Darlegung der Flüchtlingspolitik und der phasengebundenen Unterbringung der Flüchtlinge, als auch eine Schilderung der Gegebenheiten auf dem Kölner Wohnungsmarkt, mit besonderem Blick auf sozial geförderten Wohnraum. Anschließend werden die wichtigsten Ergebnisse der Kölner Flüchtlings-Studien in Bezug auf die Unterbringung der Flüchtlinge und den Umzug in eine eigene Wohnung referiert, bevor im Anschluss die Studienziele, das Studiendesign und der Studienverlauf beschrieben werden. In Abschnitt 5 erfolgt die Darlegung der Studienergebnisse, bevor diese im Fazit abschließend diskutiert werden.

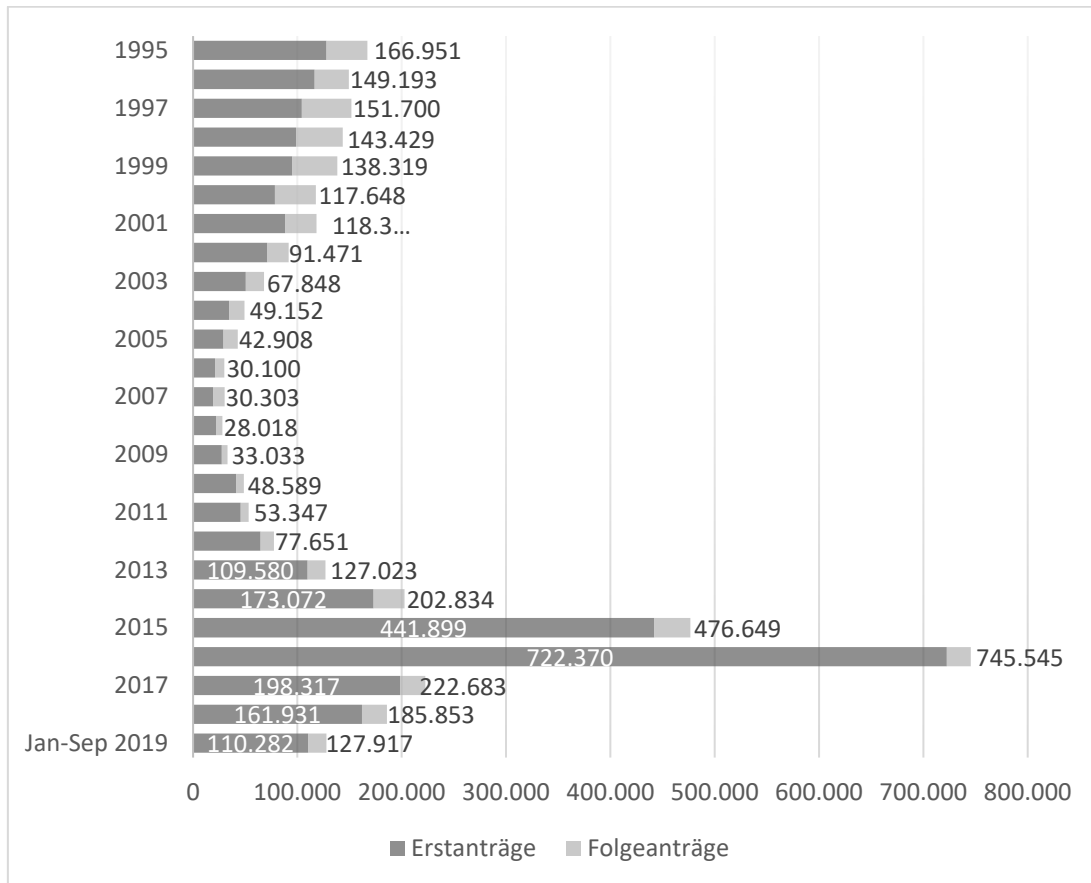
Wir danken an dieser Stelle besonders dem Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW), die dieses Projekt gefördert hat, sowie allen Personen, die uns bei der Studie unterstützt haben, insbesondere allen Befragten.

2 Die Unterbringung von Geflüchteten in Köln

2.1 Zahlen & Geschichte der Unterbringung in Notunterkünften

Die Fluchtmigration nach Deutschland ist seit Bestehen der Bundesrepublik stets in Wellen verlaufen. In den vergangenen 25 Jahren lässt sich beobachten, dass es nach einem Höhepunkt in den 1990er Jahren einen Rückgang in der Anzahl der Asylanträge gab. Bereits seit 2010 stieg die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland wieder merklich an. Der Höhepunkt dieses Anstiegs lag 2016 bei insgesamt 722.370 Erstanträgen auf Asyl und 23.175 Folgeanträgen (BAMF 2019, S. 5). Diese Zuwanderungszahlen stellten die Kommunen insbesondere bei der Unterbringung der Flüchtlinge vor große Herausforderungen. In kurzer Zeit musste die (provisorische) Unterbringung der Flüchtlinge, sowie die Versorgung mit dem Nötigsten sichergestellt werden und besonders in den Hochzeiten konnte nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, wann und wie viele Flüchtlinge am nächsten Tag unterzubringen sein würden (Friedrichs et al. 2017, S. 34), so dass für die Unterbringung Notlösungen gefunden werden mussten. Grundsätzlich waren fast alle Dezernate der Verwaltung an diesem Kraftakt beteiligt. Im Anschluss an das Rekordjahr 2016 nahm die Anzahl der gestellten Asylanträge in Deutschland wieder deutlich ab, wie in Abbildung 1 zu sehen ist. So wurden 2017 nur noch 198.317 Erstanträge (24.366 Folgeanträge) und 2018 161.931 Erstanträge (23.922 Folgeanträge) auf Asyl gestellt. Nach den aktuellen Zahlen, findet auch 2019 ein erneuter Rückgang statt (September 2019: 110.282 Erstanträge, 127.917 Folgeanträge).

Abbildung 1: Entwicklung der Anträge auf Asyl in Deutschland seit 1995, Stand: 09.2019

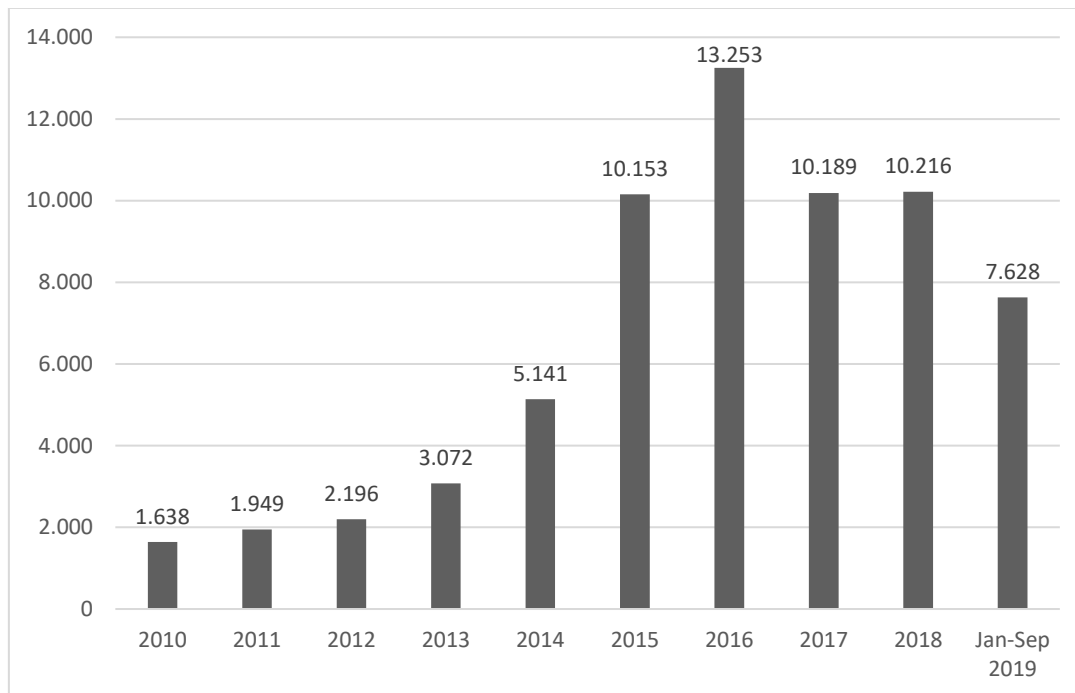


Eigene Darstellung nach: BAMF 2019, S. 5

2.1.1 Köln

Wie in vielen anderen deutschen Großstädten nahm auch in Köln die Anzahl der Flüchtlinge seit 2010 deutlich zu und erreichte 2016 Ihren Höhepunkt (siehe Abbildung 2). Die Stadt Köln folgt den Bestimmungen des im Februar 2003 vereinbarten Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) des Landes NRW in Bezug auf die Unterbringungspflicht. Demnach muss die Stadt für die Unterbringung derjenigen Personen sorgen, die Ihnen durch den Königsteiner Schlüssel zugewiesen wurden. Dem Bundesland Nordrhein-Westfalen wurden nach diesem Schlüssel seit 2012 zwischen 21,1 und 21,2 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge zugewiesen. Die Verteilung auf die Kommunen und Städte innerhalb NRWs erfolgt zu 90 Prozent über die Einwohnerzahl und zu 10 Prozent nach der vorhandenen Fläche, wobei pro Flüchtling monatlich 866 Euro vom Land an die Kommunen und Städte zur Finanzierung bereitgestellt werden (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2017a, S. 19).

Abbildung 2: Entwicklung der Zahlen Geflüchteter in Köln seit 2010, Stand: 30.09.2019



Eigene Darstellung nach: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/61297/index.html>, zuletzt eingesehen am 15.11.2019

Der Zuweisungsschlüssel für Köln lag zunächst zwischen 5,4 Prozent bis 5,6 Prozent aller in NRW aufgenommenen Flüchtlinge (gemäß §3 I, II FlüAG) (Stadt Köln 2016, S. 6), das heißt, dieser Prozentsatz aller Flüchtlinge in NRW muss zu einem bestimmten Zeitpunkt in Köln untergebracht sein. Aktuell liegt der Zuweisungsschlüssel bei 5,59 Prozent.

2.1.2 Der Unterbringungsmix

In einem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004 wurden die *Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln* vereinbart (Stadt Köln 2004). Hier wurde ein Unterbringungsmodell vorgestellt, das aus drei Stufen bzw. Phasen bestand. Die erste Phase dieses dreistufigen Modells sah eine auf drei Monate befristete Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung vor. In der zweiten Phase sollte die Unterbringung in Wohnheimen erfolgen, die zumindest annähernd abgeschlossenen Wohnungen entsprechen und deren Kapazität nicht 50 bis 80 Bewohner_innen überschreiten sollte. Die Unterbringung in solchen Wohnheimen wurde auf maximal 36 Monate begrenzt. In der dritten Phase sollte die Unterbringung in einer regulären Wohnung erfolgen. Hierzu sollte gegebenenfalls ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden (Stadt Köln 2004, 8-9).

Zusätzlich wurde mit dem zunehmenden Anstieg der Flüchtlingszuwanderung im September 2013 die *Task-Force Flüchtlingsunterbringung* durch den Oberbürgermeister der Stadt Köln gegründet, zu deren Aufgabe es gehörte, kurzfristig Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die beschlossenen Maßnahmen waren auf unterschiedliche Nutzungshorizonte angelegt und sahen langfristige (Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung der Stadt), mittelfristige (Errichtung von Systembauten) und kurzfristige (z.B. Container) Lösungen zur Bereitstellung von Wohnraum vor. Die Kombination dieser unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten wird auch als *Ressourcenmix* (Stadt Köln 2015, S. 5) beschrieben.

Als sich die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge in Köln innerhalb eines Jahres fast verdoppelte, konnte das Konzept ab Oktober 2015 nicht mehr aufrechterhalten werden. Folglich mussten Änderungen und Notmaßnahmen in die Wege geleitet werden, um der Unterbringungspflicht weiter nachzukommen: Das dreiphasige Unterbringungsmodell wurde um eine vierte Phase erweitert, die eine Unterbringung in einer Notunterkunft ohne abgetrennte Wohneinheiten vorsah, und die den anderen drei Phasen vorgelagert erfolgen sollte (siehe Abbildung 3) (Friedrichs et al. 2019, S. 106). Hierdurch sollte zunächst nur die (notdürftige) Unterbringung gesichert und Obdachlosigkeit vermieden werden. Erst in den folgenden Stufen der Unterbringung wurde eine dauerhafte Lösung im Sinn einer langfristigen Integrationsperspektive angestrebt (Stadt Köln 2016, S. 6). Der planmäßige Ablauf wurde von einem/einer Mitarbeiter_in aus der Kölner Verwaltung folgendermaßen beschrieben:

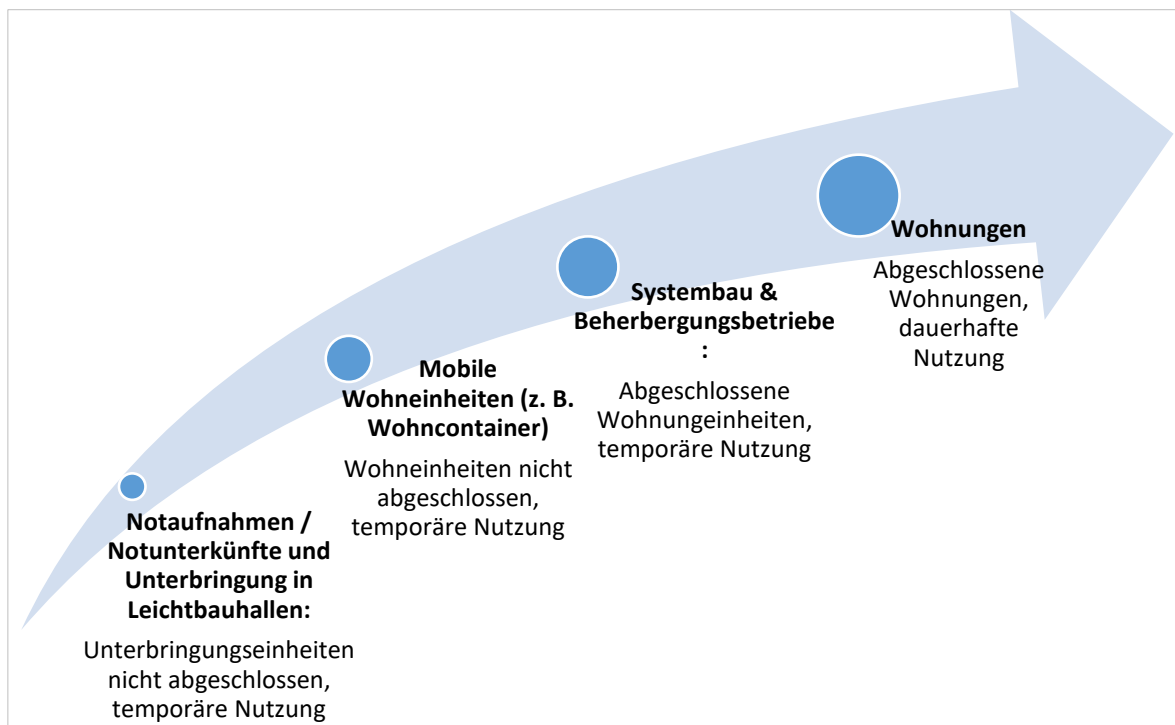
„Wir fahren im Moment ein System, in welchem wir sagen: Erst Turnhalle, dann gucken wir nach einer Verlegungsmöglichkeit in den festen Notaufnahmen, wo wir zumindest Kojen haben. Anschließend geht es von da aus in ein Wohnheim oder in die Beherbergungsbetreuung. [...] Die letzte Phase sieht dann den Umzug in eine Privatwohnung vor.“ (Expert_in mit der Nr. 79, im Folgenden mit E79 abgekürzt)

Pro Notunterkunft sollten höchstens 400 Flüchtlinge in maximal fünf Hallen von jeweils bis zu 80 Flüchtlingen untergebracht werden. Für Phase 2 wurden kurzfristig Wohncontainer aufgestellt und Bestandsgebäude provisorisch für die Flüchtlingsunterbringung hergerichtet. So sollte ein Mindestmaß an Privatsphäre ermöglicht werden, wobei der Standard deutlich unter dem einer eigenen Wohnung lag. Für die dritte Phase war vorrangig ein in Schnellbauweise errichteter Wohnungsbau vorgesehen. Dies ermöglicht es einerseits, modernen Sozialwohnungsbaustandard zu erreichen, andererseits kann dies als eine mittelfristige Maßnahme angesehen werden, da eine solche Bauweise von der Planung bis zur Vollendung bereits drei bis fünf Jahren benötigt. Trotz dieses langen Zeitraums erscheint diese Maßnahme sinnvoll, da die Wohnungen nicht nur an Flüchtlinge vergeben werden können, sondern auch eine Nutzung durch andere Zielgruppen, wie z.B. Studierende, möglich ist. Die starken Schwankungen in den Zuwanderungszahlen machen eine Planung des Bedarfs an Wohnplätzen sehr schwierig (Söhn et al. 2017, S. 39), so dass die ausschließliche Nutzbarkeit von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht sinnvoll ist.

Die Unterbringungsmaßnahmen der vierten Phase sehen den Umzug in eine reguläre Wohnung vor. Aufgrund des geringen Angebots an bezahlbarem Wohnraum in Köln (siehe Abschnitt 2.3) erscheint dies ohne den Neubau von Wohnungen unrealistisch. Dieser setzt jedoch einen längeren Zeitrahmen voraus. Zunächst müssen geeignete Flächen ausgemacht werden, was in einer dicht bebauten Stadt wie Köln für sich schon eine große Herausforderung ist. Diese Flächen

müssen planungsrechtlich erschlossen werden, bevor dann mit dem eigentlichen Bauvorhaben begonnen werden kann. Aus diesem Grund muss ein Zeitraum von fünf bis zehn Jahren veranschlagt werden, bis die Wohnungen bezugsfertig sind.

Abbildung 3: Vierstufiges Unterbringungsmodell der Stadt Köln



Quelle: Eigene Darstellung

Gerade zu Beginn der großen Flüchtlingszuwanderung bestanden die Notunterkünfte in Köln zu einem großen Teil aus Turnhallen. Die Stadt sah zunächst keine andere Möglichkeit der Unterbringung. In einem Bericht vom 20.08.2015 heißt es: „Bei den aktuellen Zugangszahlen von 400 bis 500 Menschen pro Monat kann die Nutzung weiterer Turnhallen leider nicht ausgeschlossen werden“ (Stadt Köln 2015, S. 5). Nur auf diese Weise konnten die notwendigen Unterbringungsplätze bereitgestellt, Obdachlosigkeit vermieden (Stadt Köln 2017a, S. 4) und die zwischenzeitlich „chaotischen“ Zustände (Söhn et al. 2017, S. 41) zumindest notdürftig behoben werden:

„Wir hatten in den Turnhallen wirklich Phasen, wo Busse mit 50 Personen von der Landeszentrale ankamen und wir die Personen innerhalb von Stunden unterbringen mussten. [...] Da ist man wirklich aus allen Nähten geplatzt, deswegen kamen auch Turnhallen hinzu“. (E82)

Während im August 2015 insgesamt 694 Plätze in Turnhallen zur Verfügung standen, waren es zwei Monate später bereits 1.264 Plätze. Der Höhepunkt dieser Belegung wurde im Juni 2016 erreicht, wo insgesamt 3.500 Personen in Turnhallen untergebracht waren. Zu den Hochzeiten der Flüchtlingsmigration waren in Köln 27 Turnhallen mit Flüchtlingen belegt. Das entspricht einem Anteil von 10 Prozent der insgesamt 271 Kölner Turnhallen, wovon aber nur 101 als bau-

lich und technisch geeignet für die Unterbringung von Flüchtlingen angesehen wurden (Ottersbach/Wiedemann 2017, S. 10). Zusätzlich zu der Unterbringung in Turnhallen wurden Leichtbauhallen ohne Trennwände errichtet, in denen weitere Flüchtlinge untergebracht wurden (BBSR 2017a, S. 38). Erst nachdem die Zahl der Asylsuchenden in Köln zurückgegangen war, erfolgte ab Mitte 2017 keine weitere Unterbringung in Turnhallen. Damit wurde zumindest ein Etappenziel der Kölner Verwaltung erreicht, denn es gibt zahlreiche Gründe den Aufenthalt in den Notunterkünften für die Flüchtlinge so kurz wie möglich zu gestalten. So besteht besonders in den Turnhallen wenig Privatsphäre und ein erheblicher Lärmpegel. Aus diesem Grund muss die Unterbringung in einer solchen Notunterkunft als psychisch sehr belastend angesehen werden, insbesondere für Personen mit traumatischen Fluchtgeschichten. Des Weiteren ist das Lernen für die Sprachkurse in den großen Unterkünften kaum möglich, da oft weder ein geeigneter Platz noch die benötigte Ruhe gefunden werden kann (u. a. Friedrichs et al. 2019).

Ende 2017 waren noch viele Flüchtlinge in Notunterkünften und Mobilien Wohneinheiten untergebracht, wobei diese Zahlen zumindest reduziert werden konnten, während gleichzeitig die Anzahl der Personen anstieg, die durch die Stadt Köln in Wohnungen und Wohnheimen untergebracht werden konnten. Die Unterbringung in Leichtbauhallen konnte Ende 2018 beendet werden. Es wurden zudem alle Notaufnahmen, mit Ausnahme der Unterkunft in der Herkulesstraße, aufgelöst. In Tabelle 1 werden die unterschiedlichen Unterbringungsformen und die darin untergebrachten Personen in dem Zeitraum von 2017-2019 dargestellt.

Tabelle 1: Unterbringungsformen der Flüchtlinge in Köln, 2017-2019

Stichtag	31.12.17	31.12.18	31.03.19	30.04.19	31.05.19	30.06.19
Notaufnahme	345	529	141	114	82	81
Notunterkünfte	959	992	230	130	128	109
Leichtbauhallen	300	526	0	0	0	0
Beherbergungs- betriebe	2.247	2.059	1.739	1.647	1.574	1.510
Mobile Wohnein- heiten	1.251	1.516	1.496	1.485	1.488	1.437
Systembauten	1.220	1.137	1.116	1.109	1.098	1.1070
Wohnungen	1.204	2.217	2.305	2.311	2.371	2.403
Wohnheime	2.217	1.240	1.194	1.139	1.079	1.059
Summe	9.743	10.216	8.221	7.935	7.820	7.669

Quelle: (Stadt Köln 2018c, S. 6); Stadt Köln 2019b, S. 6

Seit 2015 lassen sich somit vier zeitliche Phasen in der Flüchtlingsunterbringung in Köln unterscheiden:

- 1 Chaotische Unterbringung mit dem einzigen Ziel, eine Obdachlosigkeit zu verhindern (September 2015 - Juni 2016)
- 2 Die Anzahl der ankommenden Personen nimmt ab und es können Notunterkünfte geschlossen werden (Juni 2016 - Mitte 2017)
- 3 Auszug aus den Turnhallen und Schließung fast aller Notunterkünfte (Ende 2017 - Ende 2018)
- 4 Unterbringung in eigenem Wohnraum rückt in den Vordergrund und weiterer Abbau von Gemeinschaftsunterkünften (GU) seit 2019 (aktuelle Phase).

Als allgemeine Entwicklungstendenzen bei der Unterbringung von Flüchtlingen lässt sich, auch über Köln hinaus, folgern, dass der Anteil der Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, mit dem Einreisejahr zu-, und mit der Aufenthaltsdauer abnimmt. Baier und Siegert berichten, dass von den Flüchtlingen, die 2013 nach Deutschland gekommen sind, gerade einmal 38 Prozent zum Befragungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte 2016 immer noch in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnten, während das auf 51 Prozent der 2015, und auf 60 Prozent der 2016 eingereisten Flüchtlinge zutraf (Baier/Siegert 2018, S. 5).

2.2 Integration in die Gesellschaft

Im 2. Bericht der Stadt Köln (2015, S. 5–6) zur aktuellen Flüchtlingssituation hieß es: “Die Versorgung von Flüchtlingen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt ist vorrangiges Ziel. Sie trägt zudem zur Erleichterung der Integration von Flüchtlingen in die Stadtgesellschaft bei”. Zu der Zeit der Hochphase der Zuwanderung war die Stadt Köln zunächst mit der zum Teil notdürftigen und schnellen Unterbringung der ankommenden Personen beschäftigt. Das Hauptziel bestand darin, eine drohende Obdachlosigkeit der ankommenden Flüchtlinge zu verhindern. Da die Zuwanderungszahlen mittlerweile deutlich zurückgegangen sind, steht die Stadt nun am Anfang einer neuen Phase der Flüchtlingsunterbringung, die ihrerseits mit neuen Problemen und Herausforderungen einhergeht. Ziel ist nun die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und die Arbeitswelt. Ein wichtiger Schritt in Richtung Integration ist dabei der Umzug aus den Gemeinschaftsunterkünften in eine eigene Wohnung.

Obwohl seit 2017 deutlich weniger Flüchtlinge nach Köln kamen und die Zahl der in Köln lebenden Flüchtlinge im Jahr 2019 nochmals um mehr als 2.500 Personen sank (siehe Abbildung 2), sind weiterhin zahlreiche Flüchtlinge in Beherbergungsbetrieben, mobilen Wohneinheiten, Systembauten und Wohnheimen untergebracht. Daher hat sich die Stadt Köln das Ziel gesetzt, die kostenintensiven Unterkünfte, Unterkünfte mit geringen Qualitätsstandards sowie die Unterbringung in Beherbergungsbetrieben zu beenden und durch Neubau und Anmietung weitere Unterkunftsplätze zu schaffen (Stadt Köln 2016).

Als langfristiges Ziel kann jedoch nur die vierte Phase des Unterbringungsmixes aufgefasst werden: Der Umzug in eine reguläre Wohnung. Dies kann sowohl in einer eigenen Wohnung geschehen, oder, besonders bei Alleinreisenden, in einer Wohngemeinschaft. Die Voraussetzung hierfür ist in der Regel entweder ein entsprechender Aufenthaltstitel (anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte) (§25 AufenthG) oder eine positive Bleibeperspektive (§47 AsylG). Zuvor ist jedoch jede_r Asylsuchende nach §47 Abs.1 verpflichtet, drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Durch das *Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz* vom 20.10.2015 wurde diese Dauer auf sechs Monate verlängert (eine Ausnahme besteht hier für *besonders Schutzbedürftige* nach den EU-Aufnahmerichtlinien). Eine weitere Beschränkung bei der Wohnungssuche ist die Wohnsitzauflage, die 2016 vom Land NRW beschlossen wurde. Diese beschränkt die Freizügigkeit von Flüchtlingen bei der Wohnungssuche für die Dauer von drei Jahren auf die Gemeinde, der sie anfangs zugeteilt wurden. Allerdings entschied das Oberverwaltungsgericht in einem Urteil, dass eine solche Zuweisung zu einer Gemeinde nicht mit dem Bundesrecht vereinbar ist. Die Zuweisung für die Dauer von drei Jahren ist daher nur an das Bundesland gebunden, dem sie zu Anfang zugeteilt wurden (§12a AufenthG). Die Wohnsitzauflage wurde zunächst 2008 abgeschafft, jedoch 2016 als Teil des Integrationsgesetzes befristet bis August 2019 erneut eingeführt. Im Juli 2019 wurde das *Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes* verabschiedet, was ein erneutes Inkrafttreten der Wohnsitzauflage bedeutete (Bundestag 04.07.2019). Über einen Antrag kann die Wohnsitzauflage aufgehoben werden „wenn [der/die] Geflüchtete, der Ehegatte, eingetragener Lebenspartner oder das minderjährige Kind eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich aufnimmt oder aufgenommen hat, durch die diese Person mindestens über ein Einkommen in Höhe des monatlichen durchschnittlichen Bedarfs nach den §§ 20 und 22 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für eine Einzelperson verfügt“ (BBSR 2017a, S. 22). Weiterhin kann die Wohnsitzauflage aufgehoben werden, sofern eine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen wird.

Ursprünglich erfolgte die Einführung der Wohnsitzauflage, um starke Wanderungsbewegungen in die Städte zu verhindern, Segregation vorzubeugen und damit zu einer gelingenden Integration beizutragen. So wurden bereits in der Vergangenheit Erfahrungen gemacht, dass besonders die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, Wohnmöglichkeiten, sowie ethnische und familiäre Netzwerke Pullfaktoren in die Städte sind (BBSR 2017a, S. 69). Zugleich soll einer Ballung von Personen gleicher Herkunft in bestimmten Stadtteilen und Wohnsiedlungen entgegengewirkt werden. Das Bundesinnenministerium begründete die Verlängerung der Wohnsitzauflage im Jahr 2019 in einer Pressekonferenz vom 27.02.2019 ebenfalls damit, hierdurch “die Risiken der Segregation zu begrenzen“ (Die Bundesregierung 2019). Dementgegen widerspricht die Wohnsitzauflage nicht nur grundlegenden Rechten wie dem Recht auf Freizügigkeit, sie kann zugleich die Teilhabechancen von Flüchtlingen vermindern (Söhn et al. 2017, S. 43). Sie bleibt damit, auch in ihrer Wirkung, nicht unumstritten.

2.2.1 Warum ist die eigene Wohnung so wichtig?

In der Literatur gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass eine Unterbringung in einer eigenen Wohnung für die Integration von zentraler Bedeutung ist. Besonders hervorgehoben wird dabei die fehlende Privatsphäre in den Gemeinschaftsunterkünften. Die Gemeinschaftsunterkünfte bieten nur selten abgeschlossene Wohneinheiten, so dass es keine Rückzugsmöglichkeiten gibt (BBSR 2017a, 6-8). Für die Flüchtlinge hat dies unter anderem zur Folge, dass sie zum Lernen für den Sprach- und Integrationskurs keine geeigneten Orte finden. Zudem ist der hohe und stetige Geräuschpegel eine weitere Belastung. Dies sind auch die Gründe dafür, dass Personen, die in dezentralen Unterkünften untergebracht sind, gegenüber denjenigen, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, signifikant bessere Sprachkenntnisse aufweisen. Das trifft auch dann zu, wenn weitere Faktoren, wie Aufenthaltsdauer, Gemeindegrößen und Bildungsabschlüsse kontrolliert werden (Brücker et al. 2016, S. 39; Baier/Siegert 2018).

Auch die Lage der Unterbringungsformen unterscheidet sich in vielen Fällen. Entsprechend der IAB-BAMF-SOEP-Studie befanden sich 75 Prozent der Wohnungen der Flüchtlinge in reinen Wohngebieten, bei Gemeinschaftsunterkünften lag der Anteil dagegen bei gerade einmal 45 Prozent. Zugleich wurden auch deutlich häufiger Gemeinschaftsunterkünfte in Gebieten errichtet, die sowohl Wohn- als auch Gewerbenutzung beinhalten, 23 Prozent der Gemeinschaftsunterkünfte liegen sogar in Industriegebieten. Einzelwohnungen sind dort lediglich zu einem Prozent zu finden (Baier/Siegert 2018, S. 8). Solche peripheren Lagen können ebenso wie eine baulich bedingte Abgeschlossenheit Kontakte zwischen Bewohner_innen von Gemeinschaftsunterkünften und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft verhindern (Bauer 2017, S. 10; BBSR 2017a, S. 7). So zeigt sich, dass dezentral untergebrachte Flüchtlinge im Durchschnitt mehr Kontakte zu Deutschen haben als dies in den Gemeinschaftsunterkünften der Fall ist (Brücker et al. 2016, 62-63). Eine dezentrale Unterbringung ist auch wichtig, da Kontakte zwischen Majorität und Minorität zu einem Abbau von Vorurteilen beitragen können (Friedrichs et al. 2019; Allport 1954). Es kann gefolgert werden, dass „[e]ine längerfristige Unterbringung in großen zentralen Gemeinschaftsunterkünften insbesondere in Gewerbegebieten, ohne ausreichenden Kontakt zur restlichen Wohnbevölkerung, [...] einer Integration nicht förderlich“ (BBSR 2017b, S. 84) ist. Zusätzlich zum Abbau von Vorurteilen durch Kontakte ist das Wohngebiet auch ein Ort der Sozialisierung, in dem Flüchtlinge zu einem Teil der Gesellschaft werden. Die Nachbarschaft bietet hier die Möglichkeit, von den Mitgliedern der alteingesessenen Bevölkerung zu lernen (Ager/Strang 2008). Einseitige Kontakte zu Migrantengruppen, ohne direkte Kontakte zu deutschsprachigen Personengruppen können das Erlernen und Verfestigen der deutschen Sprache behindern und so eine Integration erschweren. So beschrieb ein Flüchtling in der Studie von Adam et al. (2019a) seine fehlenden Kontakte zu Deutschen als problematisch:

„Actually, I do not like [quarter he is living in] that much. Because all of the people there are Turkish. And I would like to talk to Germans. ... There are not so many [German] contacts over there“ (Syrian male, younger than 20).“ (Adam et al. 2019a, S. 15)

Zu den wichtigen Bausteinen der Integration zählt zudem das individuelle Wohlbefinden der Flüchtlinge, liefert die eigene Wohnung doch ein Gefühl „sich in Sicherheit zu befinden und angekommen zu sein, sich integrieren zu können und ein normales Familienleben führen zu können“ (Ottersbach/Wiedemann 2017, S. 17). Murdie sieht dies gar als grundlegende Ausgangsbedingung, damit Integration überhaupt stattfinden kann: „Good housing facilitates successful resettlement and accelerates the integration process“ (Murdie 2008, S. 82). So zeigte sich in der Befragung vom IAB-BAMF-SOEP, dass Flüchtlinge, die in einer Einzelunterkunft untergebracht waren, durchweg zufriedener waren als die befragten Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften (Baier/Siegert 2018, S. 8). Um das Wohlbefinden zu gewährleisten, muss das individuelle Wohnen gewisse Mindeststandards erfüllen: die Wohnung muss physisch in einem guten Zustand sein und in Größe und Aufteilung den Anforderungen der dort lebenden Personen entsprechen, zudem darf sie nicht zu teuer sein. Darüber hinaus betont Murdie die Bedeutung von Sicherheit und Stabilität der Wohnsituation (Murdie 2008; Adam et al. 2019a), die sich sowohl auf das Wohnverhältnis als solches bezieht (unbefristetes und sicheres Mietverhältnis), als auch auf das Umfeld, in dem die Wohnung liegt (niedrige Kriminalität, Ruhe, etc.). Auch hier können positive Kontakterfahrungen zu den Nachbar_innen einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden in einem Wohngebiet leisten (Ager/Strang 2008).

Darüber hinaus ist es die belastende Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften, die als grundlegendes Hemmnis des eigenen Wohlbefindens der Flüchtlinge angesehen werden kann. Häufig sind die Einrichtungen nicht nur in einem schlechten baulichen Zustand, sondern pro Person stehen gerade einmal 4 bis 9 qm zur Verfügung. Wichtige Alltagsroutinen wie Kochen, oder auch die Möglichkeit, Besuch zu empfangen, sind in den Gemeinschaftsunterkünften zu meist nicht möglich. Falls überhaupt selbstständig gekocht werden kann, wird die Küche, ebenso wie die Sanitäranlagen, gemeinschaftlich mit Personen genutzt, die man vorher nicht kannte und die man sich nicht aussuchen kann (Bauer 2017, S. 10). Ein solches Setting birgt durchweg die Möglichkeit von Konflikten, so dass die Sicherheit in den Gemeinschaftsunterkünften nicht immer gewährleistet ist (Söhn et al. 2017, S. 40; BBSR 2017a, S. 12). Frauen sehen sich zudem in Gemeinschaftsunterkünften häufig sexuellen Übergriffen ausgesetzt (Aumüller et al. 2015, S. 36). Vor dem Hintergrund der Fluchterfahrung und einer in der Regel langen Phase der Unsicherheit stehen diese Punkte im Widerspruch zu dem Bedürfnis nach Sicherheit, das aber bei den meisten Flüchtlingen gegeben scheint. So fasst von Einem (2017) zusammen:

“Die Mehrheit der Flüchtlinge verdient es, nach den traumatisierenden Erlebnissen ihrer Flucht einen Ort persönlicher Sicherheit, eine eigene Wohnung, beziehen zu können. Sie möchte ankommen, sich integrieren und vor allem arbeiten.“ (von Einem 2017, S. 27)

Im Hinblick auf die Integrationschancen erscheint nicht nur die Perspektive der Flüchtlinge als bedeutsam. Auch die Wahrnehmung der Flüchtlinge und die Akzeptanz durch die Aufnahmegesellschaft müssen als wichtige Faktoren des Integrationsprozesses angesehen werden. In diesem Sinn sollte nicht unterschätzt werden, welche Bedeutung der Gestaltung der Unterbringungsformen und den Wohnbedingungen der Flüchtlinge auf die Wahrnehmung durch die Anwohnerschaft zukommt. Häufig kam es in der Vergangenheit zu Konflikten und Protesten, wenn

in einem Wohngebiet eine Gemeinschaftsunterkunft errichtet werden sollte (Doomernik/Glorius 2017, S. 434; BBSR 2017a, S. 7). Die Studie von Lubbers et al. (2006) verdeutlicht, dass besonders kleine Wohneinheiten von den Anwohner_innen akzeptiert werden während groß-angelegte Unterkünfte negative Einstellungen gegenüber Flüchtlingen unter den Anwohnern fördern (Aumüller 2018). So verweisen Söhn et al. (2017) in Anlehnung an Aumüller und Wendel darauf, dass dezentrale Unterbringungen die Sichtbarkeit der Flüchtlinge erhöhen, der Segregation entgegenwirken und zugleich die Wahrscheinlichkeit von rassistischen Übergriffen verringern (Aumüller et al. 2015; Söhn et al. 2017, S. 40; Wendel 2014).

Schlussendlich sprechen aber nicht nur humanitäre, sondern auch finanzielle Gründe für eine dezentrale Unterbringung, da sie für die Kommunen mit weniger Kosten verbunden sind. Das Jobcenter Köln zahlt 8,25 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete, zu denen bis zu 1,30 Euro pro Quadratmeter für Nebenkosten hinzukommen (Ottersbach/Wiedemann 2017, S. 17; Aumüller et al. 2015, 41-44). Darüber hinaus gründen sich vorrangig im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften ehrenamtliche Hilfsorganisationen, die als wichtiger Motor der Integration betrachtet werden können. Dies spricht ebenfalls für eine dezentrale Verteilung mit möglichst vielen kleinen Einheiten, da so das Potential der Ehrenamtlichen besser verteilt und genutzt werden kann (BBSR 2017a, S. 70).

In der Praxis ist die Wohnungsunterbringung jedoch nicht immer eine Verbesserung gegenüber der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, so werden z.T. Wohngemeinschaften eingerichtet, in denen sich einzelne Flüchtlinge den Wohnraum mit Fremden teilen müssen. Dabei kommt es manchmal auch zu Überbelegungen der Wohnungen, so dass diese weniger Privatsphäre bieten als kleine Gemeinschaftsunterkünfte. Eine zu hohe Belegungsdichte der Wohnungen ist daher zu vermeiden (BBSR 2017a, S. 6). Als Argumente für eine Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften wird angeführt, dass diese eine bessere Erreichbarkeit für Sozialarbeiter_innen ermöglichen, dass die Orientierung im geschützten Raum leichter ist und dass einige Flüchtlinge mit den Anforderungen einer eigenen Wohnung schlichtweg überfordert sind (Schammann/Kühn 2016, S. 11).

Alles in allem gibt es in der Literatur aber eine deutliche Präferenz für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen (Bauer 2017, S. 11). Aufgrund der Vielzahl an integrativen Einflüssen, die durch eine private Wohnung möglich sind, wird dieser Schritt bereits als „Ausdruck einer gelungenen strukturellen Integration und als Voraussetzung weiterer Integrationsprozesse“ angesehen (Adam et al. 2019a, S. 13). Die lang andauernde Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird demgegenüber per se schon als kritisch betrachtet (Aumüller et al. 2015, 35-36).

2.2.2 Soziale Netzwerke und Chancen auf dem Wohnungsmarkt

Die Chancen auf eine eigene Wohnung hängen, gerade auf einem angespannten Wohnungsmarkt wie in Köln, von den verfügbaren Ressourcen ab. Nicht nur für Flüchtlinge gilt, dass die Chancen eine Wohnung zu finden mit der Höhe des Einkommens steigen, da mehr Geld für die

Miete aufgewendet werden kann. Darüber hinaus sind Kenntnisse des deutschen Wohnungsmarktes und der deutschen Sprache wichtig bei der Suche nach einer Wohnung. Erst ab einem gewissen Sprachniveau können bspw. Wohnungsanzeigen gelesen und eigenständig Kontakte zu Vermieter_innen aufgenommen werden. Des Weiteren sind es soziale Netzwerke, die nicht selten eine entscheidende Mittlerfunktion bei der Suche nach einer Wohnung einnehmen. Dies können Freunde und Verwandte, aber auch Ehrenamtliche und Angestellte der öffentlichen Verwaltung sein (Baier/Siegert 2018, S. 7; Granovetter 1973).

Bei den Flüchtlingen werden die finanziellen Ressourcen bisher meistens durch das Niveau der sozialen Unterstützung festgelegt und begrenzt. Während die Sprachkenntnisse sehr stark zwischen den Flüchtlingen variieren, werden andere fehlende Ressourcen des kulturellen Kapitals bei den Flüchtlingen nicht selten durch bestehende Netzwerkstrukturen aufgefangen. Dies können Bekannte sein, die schon länger in Deutschland leben oder auch Ehrenamtliche, welche die Flüchtlinge als Paten betreuen. Dabei muss gefragt werden, welche sozialen Strukturen der persönlichen Netzwerke einen positiven Effekt auf die Integration der Flüchtlinge bewirken können. Hierzu gibt es unterschiedliche Annahmen, die auf der Ausrichtung der sozialen Netzwerke der Flüchtlinge beruhen und die sich auf die Theorie des *bridging* und *bonding* social capital von Putnam berufen (2000, 22-24; Borevi/Bengtsson 2015, 2602-2602). Entsprechend des Ansatzes des social bonding werden die sozialen Beziehungen im eigenen familiären und ethnischen Umfeld als besonders hilfreich betrachtet, z.B. in Form von Hilfestellungen und der Teilung von Informationen (Murdie 2008; Adam et al. 2019b). In diesem Sinn wird ein gewisses Maß an Segregation als Ressource angesehen, die Flüchtlingen die Integration in die Gesellschaft erleichtert. Dagegen wird beim social bridging eine integrationsmobilisierende Funktion vorrangig in Kontakten zur Ursprungsbevölkerung in einem sozial gemischten Wohngebiet gesehen. Zusätzlich zu diesen beiden Ansätzen gibt es noch einen dritten: den der social links, als solche werden Verbindungen in die staatlichen und administrativen Strukturen bezeichnet (Ager/Strang 2008, S. 178).

Politisch werden zumeist die Netzwerkstrukturen des social bridging bevorzugt, obwohl die positive Wirkung dieses Ansatzes empirisch nur unzureichend belegt ist (Adam et al. 2019a, S. 15). Insgesamt erscheint es aber sinnvoller, alle drei Formen von sozialen Netzwerken als Ressource zu betrachten. So liegt die Aussagekraft über die Integrationschancen in der vorhandenen Struktur und dem Volumen der Kontakte begründet. Migrant_innen, die bereits länger in einem Land leben, sowie Angehörige der Ursprungsgesellschaft und staatliche Akteure liefern unterschiedliches Wissen, welches für die Flüchtlinge von Bedeutung sein kann. Ager und Strang schreiben "that processes supporting the maintenance of ethnic identity (especially 'social bonds') in no way logically limit wider integration into society (through the establishment of 'social bridges' and other means)" (Ager/Strang 2008, S. 186).

Dennoch spielt die Frage nach der gewünschten Zusammensetzung von Wohngebieten besonders vor dem Hintergrund befürchteter ethnischer Segregation, eine wichtige Rolle im Diskurs um die Unterbringung von Flüchtlingen. Die angesprochenen sozialen Netzwerke befinden sich,

nicht zuletzt durch die räumliche Nähe, oftmals im direkten Wohnumfeld der Flüchtlinge. So heißt es bereits 2007 im Integrationsplan der Bundesregierung:

„Integration findet vor Ort statt. Das unmittelbare Wohnumfeld hat eine zentrale Funktion im Integrationsprozess. Es ist Lebensmittelpunkt und Kontaktfeld für die Zugewanderten und die einheimische Bevölkerung. Für das soziale Zusammenleben und die Chancen der Integration sind daher die Lebensbedingungen vor Ort, die Gestaltung des Wohnumfeldes und die öffentlichen und privaten Infrastrukturangebote wichtige Rahmenbedingungen.“ (Die Bundesregierung 2017, S. 19)

Über die Netzwerke hinaus prägen Faktoren wie die vorhandene Bildungsinfrastruktur, Anbindung an den ÖPNV, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, Kinderbetreuung, eine gute ärztliche Versorgung sowie das Vorhandensein von Arbeitsplätzen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe innerhalb eines Wohngebietes (Baier/Siegert 2018, S. 2; BBSR 2017a). Weiterhin ist das soziale Prestige eines Wohngebietes bedeutsam, so färbt die Stigmatisierung eines sozial benachteiligten Wohngebietes auch auf seine Bewohner_innen ab (Wilson 1987; Darling 2017, S. 486; Adam et al. 2019b, S. 2). Gleiches lässt sich für die Gebäude konstatieren, in denen Flüchtlinge untergebracht sind (BBSR 2017a, S. 79).

2.2.3 Ein hoher Migrationsanteil als Hindernis für Integration?

In Köln, wie auch in vielen anderen Großstädten, gibt es Stadtteile, in denen sich ein großer Teil der Migrant_innen konzentriert. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass Migrant_innen bereits andere Personen kennen, die hier leben und Unterstützung bieten können (social bonding). Allerdings verbleiben viele nach Ihrer Ankunft nur kurze Zeit in diesen Gebieten; häufig verlassen sie diese, wenn sie den Einstieg in die Arbeitswelt geschafft haben (Häußermann 2018 [2009], S. 394; Farwick 2018, S. 184). Auch der Wohnungsmarkt ist für diese Konzentration eine wichtige Randbedingung, da viele Migrant_innen bei Ihrer Ankunft nur ein relativ geringes Einkommen haben und daher die Wahl des Wohnungsstandortes auf verhältnismäßig wenige Gebiete beschränkt ist.

Ob durch diese Defizite auch die Integration betroffen ist, ist in der Migrationsforschung umstritten. So beschreibt Esser (2001), dass es aufgrund der Konzentration von Migrant_innen in wenigen Stadtteilen zu einem Verbleib in der Kultur des Heimatlandes kommt und nicht zu einer Integration in die Kultur des Aufnahmelandes. Zudem ist auch ein Einfluss auf die Kontakte mit Angehörigen der Bevölkerung des Aufnahmelandes erkennbar, da sich soziale Netzwerke zunächst auf Personen beschränken, die im gleichen Stadtteil leben.

Farwick (2009) beschreibt in seiner Studie Einflüsse sozialer Netzwerke türkischer Migrant_innen auf die Suche nach einem Arbeitsplatz (Farwick 2009, S. 282) sowie auf das Erlernen der Landessprache (S. 184). In einer anderen Studie beschreibt Farwick (2018), dass die Gemeinschaft von Personen mit einem ähnlichen Migrationshintergrund den Aufbau von Netzwerken

stärkt und bei der Ankunft im neuen Land unterstützen kann. Diese Netzwerke können außerdem dazu führen, dass durch den Austausch von Informationen der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert wird (S. 187). Er kommt zu dem Schluss:

„Die empirischen Analysen haben gezeigt, dass die räumliche Konzentration der Migranten in bestimmten Quartieren deutscher Städte – für sich betrachtet – die Integration der in diesen Gebieten wohnenden Migranten nicht behindert. Die in den Medien oft verbreitete Sichtweise einer Parallelgesellschaft der Migranten in bestimmten Quartieren trifft damit für deutsche Städte kaum zu.“ (Farwick 2018, S. 189)

In der empirischen Studie von Schönwälder et al. (2016) wird in Bezug auf Deutschland analysiert, wie die soziodemographische und kulturelle Vielfalt von Gesellschaften die sozialen Interaktionen und Einstellungen von Individuen und Gruppen beeinflussen. Die Autoren schließen aus ihren Ergebnissen, dass die Kontakte zu Deutschen nicht durch die räumliche Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund beeinflusst werden (S.220).

Häußermann (2018 [2009]) kam zu einem ähnlichen Fazit und sieht für die Annahme, dass aufgrund der Konzentration von Migrant_innen in einem Gebiet Integrationsdefizite entstehen, keine Anhaltspunkte. Er erklärt, dass die „beschworenen Parallelwelten“ nicht der Wahrheit entsprechen, sondern ausschließlich „in der Phantasie von Journalisten und Politikern“ (S. 404) existieren würden.

2.2.4 In welche Wohngebiete erfolgt die Integration in Köln?

In Köln haben insgesamt 38,2 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund, die relativ ungleich in der Stadt verteilt sind; die höchsten Anteile haben Finkenberg (83,6 Prozent) und Chorweiler (80,8 Prozent), die beide am Stadtrand liegen. Die in Köln ankommenden Flüchtlinge entscheiden aber meistens nicht selbst, in welche Wohngebiete sie ziehen und wie lange sie dort bleiben. Sie werden von der Stadt einer Unterkunft zugewiesen. Auch die spätere Wahl eines Wohngebiets durch den Bezug einer Wohnung ist eingeschränkt, da die Flüchtlinge zunächst schauen müssen, dass Sie überhaupt eine Wohnung finden.

Wird die Anzahl der Flüchtlinge betrachtet die aktuell (Stand: 31.03.2019) in Kölner Stadtbezirken untergebracht sind, so leben die meisten Flüchtlinge (in absoluten Zahlen) in der Innenstadt (1.567), in Porz (1.243) und in Kalk (1.164). In diesen Stadtbezirken sind auch anteilig an der Gesamtbevölkerung die meisten Flüchtlinge untergebracht: Innenstadt 1,22 Prozent, Porz 1,09 Prozent und Mülheim 0,93 Prozent. Am wenigsten Flüchtlinge, nämlich nur 341 (0,41 Prozent) Personen, leben in Chorweiler.

Wird die Unterbringung von Flüchtlingen durch die Stadt Köln in eigene Wohnungen betrachtet (Tabelle 3), so gibt es aktuell die meisten Wohnungen in Kalk (262 Wohnungen), Poll (251 Wohnungen), Höhenhaus (241) und Weiden (224 Wohnungen). In den genannten, nicht zentral gelegenen, Stadtteilen, gibt es auch noch freie Wohnungen - und das obwohl die Mieten dort relativ günstig sind. In preiswerten Stadtteilen wie Auweiler und Chorweiler (8,60 € pro qm)

leben ebenfalls nur wenige Flüchtlinge. Bei den in Tabelle 3 aufgelisteten Wohnungen handelt es sich ausschließlich um Wohnungen der Stadt Köln, hinzukommen jene, welche privat vermietet werden. Da hierzu keine Daten vorliegen, kann keine abschließende Darstellung der Anzahl von Flüchtlingen erfolgen, die in einer eigenen Wohnung leben.

Tabelle 2: Unterbringungsarten von Flüchtlingen in Kölner Stadtteilen, Stand: 31.03.2018

Stadtteil	Alle Unterbringungsarten Gesamt	in Wohnungen	Durchschnittliche Miete in Euro je qm (4. Quartal 2018)
Altstadt-Süd	523	128	12,20 €
Deutz	414	132	11,30 €
Godorf	111	111	9,30 €
Weiden	356	224	9,90 €
Poll	251	251	10 €
Gremberghofen	113	113	9 €
Wahnheide	128	104	8,80 €
Kalk	519	262	9,60 €
Mülheim	475	185	10,40 €
Höhenhaus	262	241	8,90 €
Köln Gesamt	8.221	2.305	9,89 €

<https://www.koeln.de/immobilien/mietspiegel.html>, zuletzt eingesehen am 01.11.2019

2.3 Der Kölner Wohnungsmarkt

Die Integration der Flüchtlinge in Köln trifft derzeit auf einen extrem angespannten Wohnungsmarkt. Entsprechend der Bevölkerungsentwicklung ist Köln eine wachsende Stadt. So stieg die Einwohnerzahl zwischen 2011 und 2017 um 48.678 Personen auf 1.084.795 Einwohner_innen (Stadt Köln 2019a: 27) und die Zahl der Haushalte nahm um 18.810 auf 558.038 zu (Stadt Köln 2019a, S. 66). Im gleichen Zeitraum wurden insgesamt 21.087 neue Wohnungen fertiggestellt (Statista 2018, S. 23), die aber überwiegend im höheren Preissegment liegen. Durch diesen

Mismatch von Angebot an teurem Wohnraum und Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum kommt es zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon schwierigen Suche nach einer eigenen Wohnung für wirtschaftlich schwächere Bevölkerungsgruppen.

Besonders im Bereich des sozial geförderten Wohnens in Köln zeigt sich, dass der Bestand seit den 1990er Jahren von etwa 20 Prozent des gesamten Bestandes an Mietwohnungen auf knapp unter 7 Prozent gesunken ist (E68). Verfügte die Stadt Köln im Jahr 2000 noch über ca. 66.000 Wohnungen, sank die absolute Zahl bis 2016 auf etwa 40.000 Sozialwohnungen, was einer Abnahme des Bestandes um fast 40 Prozent entspricht. Gleichzeitig sank auch die Zahl neu gebauter Sozialwohnungen und immer mehr Wohnungen verloren nach Ablauf ihrer Förderlaufzeit ihren Status als öffentlich geförderte Wohnungen und gelangten auf den freien Wohnungsmarkt. Zwar legt das *Stadtentwicklungskonzept Wohnen* der Stadt Köln eine Zielgröße von 1.000 neu zu errichtenden Sozialwohnungen pro Jahr fest, dieses Ziel wurde jedoch in den letzten Jahren nur im Jahr 2015 erreicht, ansonsten zumeist deutlich verfehlt (Stadt Köln 2018a, S. 7). Darüber hinaus wurden in ganz Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Sozialwohnungen privatisiert, um Geld in die klammen Kassen der Kommunen zu spülen (Ottersbach/Wiedemann 2017, S. 53).

Um diesem Trend entgegenzutreten wurde in Köln ein kooperatives Baulandmodell eingeführt, welches bei Großprojekten einen Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau von 30 Prozent vorsieht (Stadt Köln 2017b). Zugleich gibt es einen Ratsbeschluss, dass die städtischen Grundstücke nicht mehr vorrangig nach dem Höchstpreis, sondern nach der Qualität des angedachten Projektes vergeben werden (Rat der Stadt Köln 2016). Trotz dieser Bemühungen konnte bisher noch keine signifikante Entspannung auf dem Markt für sozial geförderte Wohnungen ausgemacht werden.

Auch über den sozial geförderten Wohnungsbestand hinaus ist das Angebot an günstigem Wohnraum in Köln sehr gering und die Mieten sind überdurchschnittlich hoch. So wenden 46 Prozent aller Haushalte in Köln mehr als 30 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf (Holm/Junker 2019, S. 1260). Dies liegt nicht zuletzt an einem mangelnden Angebot an preisgünstigem Wohnraum. Nach Holm/Junker (2019) fehlen allein in Köln etwa 86.000 Wohnungen für Haushalte unterhalb des Medianeinkommens. Wird davon ausgegangen, dass ein gesunder Wohnungsmarkt aufgrund von Umzügen eine Leerstandquote von etwa zwei bis drei Prozent besitzt, so liegt Köln auf dem gesamten Wohnungsmarkt zwar immer noch innerhalb dieses Wertes, im Bereich des geförderten Wohnungsbestandes liegt die Leerstandquote aber lediglich bei 0,38 Prozent. Dies zeigt besonders eindringlich die angespannte Lage im Bereich des kostengünstigen Wohnens. Zugleich trifft das zu geringe Angebot an preisgünstigen Wohnungen auf eine große Nachfrage, u.a. auch durch Studierende (Stadt Köln 2018b, S. 24), so dass die Chancen auf dem preisgünstigen Wohnungsmarkt für alle Nachfrager stark begrenzt sind.

3 Flüchtlinge und Wohnen in Köln - Ergebnisse der Kölner Flüchtlings-Studien

Die vorliegende Studie wurde insbesondere durch die Ergebnisse der Kölner Flüchtlings-Studien und die dort erzielten Ergebnisse motiviert (Friedrichs et al. 2017, 2019), in der die besondere Stellung der eigenen Wohnung im Integrationsprozess, sowie die Probleme der Flüchtlinge bei der Suche nach einer Wohnung herausgearbeitet wurden. Im Folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse referiert werden.

3.1 Flüchtlingsunterbringung in Köln

Das Grundlagenpapier zur Integration von Migrant_innen im Allgemeinen und Flüchtlingen im Speziellen in Köln ist das 2011 verabschiedete Integrationskonzept. Hierin sind „die Grundvoraussetzungen, Leitlinien, Ziele, Verfahren und wichtigsten Handlungsfelder, die besonders mit Zuwanderung verbunden sind, für eine inhaltlich und strukturell vernetzte Integrationsarbeit in Köln“ (Stadt Köln 2011, S. 7) niedergelegt. Zusätzlich zu den Handlungsfeldern demografischer Wandel, Sprache, Stadtraum, Bildung/Ausbildung/Beruf, Öffentlichkeitsarbeit und einigen anderen Querschnittsthemen, findet auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema *Flüchtlinge* statt (Stadt Köln 2011, S. 10). So ist auch die Thematik *Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen* ein Bestandteil des Integrationskonzepts und betont die Bedeutung des *Unterbringungsmixes* (Stadt Köln 2011, S. 49).

Wie in Abschnitt 2.2.1 beschrieben, sieht der *Unterbringungsmix* vor, dass Flüchtlinge in der vierten Phase in eine eigene Wohnung umziehen sollen. Bei dem angespannten Wohnungsmarkt in Köln erscheint dies unter den aktuellen Bedingungen sehr schwierig:

„Welche Perspektive haben Geflüchtete jetzt noch an Wohnungen zu kommen? Die sind in Köln ungeheuer schlecht. Wir werden noch sehr lange Containeranlagen stehen haben, wo geflüchtete Menschen auch länger untergebracht sind“ (E78) (Friedrichs et al. 2019, S. 113).

Trotz der schwierigen Voraussetzungen wird dieses Ziel von städtischer Seite jedoch weiterhin verfolgt. Besonders hervorzuheben ist im Bereich *Wohnen von Flüchtlingen* das seit 2011 existierende Kölner *Auszugsmanagement*. Dieses besteht aus zehn Auszugsmanager_innen des Deutschen Roten Kreuzes, der Caritas und des Kölner Flüchtlingsrates. Das Auszugsmanagement übernimmt beratende Funktionen und agiert als Vermittler zwischen Flüchtlingen und Vermieter_innen, um damit einen Umzug in privaten Wohnraum zu ermöglichen (Stadt Köln 2016, S. 4 - 5). Für die Akquise von Wohnungen erfolgt eine Kooperation mit der Kölner GAG und anderen Wohnungsbaugesellschaften, mit privaten Vermieter_innen und mit Ehrenamtli-

chen, die bei der Wohnungssuche Hilfe leisten. Im November 2017 wurde das Projekt *Auszugsmanagement* durch den Kölner Stadtrat entfristet (Stadt Köln 2018c, S. 23) und seit September 2019 wurde das Projekt dahingehend erweitert, dass auch Ehrenamtliche stärker in die Arbeit eingebunden werden sollen (Stadt Köln 21.08.2019).

Praktisch erfolgt die Auswahl der möglichen Klient_innen des Auszugsmanagement durch die Sozialarbeiter_innen in den Unterkünften. Anhand von Kriterienlisten wählen diese Personen Einzelpersonen oder Familien aus, die auf die Wartelisten des Auszugsmanagement gesetzt werden, wobei Faktoren wie besondere Schutzbedürftigkeit, die Bleibeperspektive, eine positive Sozialprognose und eine längere Aufenthaltsdauer berücksichtigt werden. Ein wichtiges Kriterium ist ein Sprachniveau, welches ein eigenständiges Wohnen ohne einen allzu großen Beratungsbedarf ermöglicht (E77). Über das Programm konnten im Jahr 2016 insgesamt 293 Parteien und ein Jahr später 189 Parteien in Wohnungen vermittelt werden. Insgesamt wurden seit Projektbeginn ca. 1.000 Wohnungen an Einzelpersonen und Familien vermittelt. E85 merkte zu diesen Zahlen jedoch an, dass das „in Anbetracht der Gesamtgruppe, die es eigentlich betrifft, immer noch sehr wenig [sind]“, so stehen auf der Warteliste immer noch bis zu 3.600 Personen bzw. Familien (Adam et al. 2019a, S. 28). Weiterhin wurde kritisiert, dass erst mit der Registrierung beim Auszugsmanagement eine Aussicht auf eine Wohnung besteht, wobei die Kriterien der Auswahl für die Warteliste nicht transparent sind (E94) (Friedrichs et al. 2019, S. 115).

Zusätzlich zu der Beratung und der Unterstützung bei Besichtigungsterminen übernimmt das Auszugsmanagement noch weitere Funktionen, wie bspw. die Begleitung bei Behördengängen, die Vermittlung basaler Kenntnisse im Hinblick auf die Rechte und die Pflichten von Mieter_innen und es stellt bei Bedarf eine_n Dolmetscher_in zur Verfügung. Außerdem unterstützt es die Integration in den Stadtteil (Friedrichs et al. 2019, 113-114). Nach dem Einzug können sich Mieter_innen und Vermieter_innen noch bis zu drei Monate an das Auszugsmanagement wenden. So können Vorbehalte durch einen möglichen Mehraufwand durch die Vermietung an Flüchtlinge bei Vermieter_innen und Wohnungsbaugenossenschaften abgebaut werden. „Wenn wir das in der Normalvermietung auf der Ebene der Kundenbetreuer ansiedeln würden, würde es sehr kompliziert werden“ (E95).

Mögliche Segregationseffekte werden indes beim Auszugsmanagement nicht in Betracht gezogen, da das Angebot für Flüchtlinge auf dem Kölner Wohnungsmarkt schon ohne weitere Eingrenzungen sehr knapp ist. Dies ist auch deshalb der Fall, weil die Bereitschaft privater Vermieter_innen zur Vermietung an Flüchtlinge spürbar zurückgegangen ist (E83). Unsere Expert_innen berichteten, dass sich 2015 und 2016 noch relativ viele Vermieter_innen und auch Wohnungsgemeinschaften gemeldet hätten (E75, E91), so seien im Oktober 2015 noch 10 bis 15 Wohnungsangebote pro Woche normal gewesen. Inzwischen gäbe es gerade mal ein Angebot pro Woche. Dies liegt einerseits daran, dass die verfügbaren Wohnungen mittlerweile belegt sind, andererseits wurde auf Einstellungsänderungen in der Bevölkerung hingewiesen (E73). Nach Aussage der befragten Expert_innen hatte dies vorrangig zwei Gründe (E77): So machten einige

Vermieter_innen die Erfahrung, dass die Flüchtlinge sich durch fehlende Kenntnisse des deutschen Mietrechts bei einem Auszug häufig nicht an Kündigungsfristen gehalten hätten und vor Ende der Kündigungsfrist aus den Wohnungen ausgezogen seien. Da in diesen Fällen das Jobcenter fortan nur die Kosten für die neuen Wohnungen übernommen hätten, mussten die vorherigen Vermieter_innen die entstandenen Schäden durch die ausfallenden Mieten selber tragen. Darüber hinaus wurde die ungewisse Dauer des Verbleibs in der Wohnung benannt, da bei Flüchtlingen die Bleibeperspektive nicht immer gesichert ist (E73). Des Weiteren zeigte sich, dass durch den Einfluss der stärkeren medialen Präsenz des Syrienkonfliktes, syrische Flüchtlinge und Familien schneller eine eigene Wohnung fanden als andere:

„Wenn man denkt, man will einem Flüchtling helfen, dann aber einem aus Syrien. Denn wir sehen keine Bilder aus Eritrea oder Somalia. Das ist wahrscheinlich gar kein Vorurteil gegen andere Nationen, sondern Syrien steht einfach mehr im Fokus“ (E73).

3.2 Bedeutung von Segregation

Aufgrund der fehlenden Bereitschaft der privaten Vermieter_innen an Flüchtlinge zu vermieten, ist die Wohnungssuche auf dem ohnehin knappen Wohnungsmarkt nochmals eingeschränkt und führt zur Verstärkung von Segregationstendenzen. Ca. zwei Drittel des Mietwohnungsmarktes in Köln liegt in den Händen von privaten Kleinvermieter_innen (Voigtländer/Seipelt 2017, S. 18), so dass ein Rückgang der Bereitschaft bei dieser Gruppe besonders ins Gewicht fällt. Zunächst muss daher überhaupt erstmal eine Wohnung gefunden werden, relativ unabhängig von ihrer Lage.

„Wir haben den Überblick nicht und sind froh, wenn wir eine Wohnung in Kalk finden. Wir achten nicht darauf, ob der Stadtteil frequentiert ist. Uns geht es erstmal darum, dass die Menschen aus dem Wohnheim rauskommen und sich integrieren können. Wir achten eher auf die Bedürfnisse der Klienten und des Vermieters und versuchen zwischen den Parteien zu vermitteln.“(E73).

Auch die Flüchtlinge schließen einige Stadtviertel aufgrund von schlechter Reputation aus (unbeliebt sind u.a. Meschenich, Chorweiler, Kalk, Ossendorf, Porz, Mülheim) (E69, 73), oder wollen am liebsten in den Stadtgebieten bleiben, in denen Sie derzeit untergebracht sind. Das gilt selbst dann, wenn dort keine Wohnungen angeboten werden (E68, 77).

„In Köln sind die Mieten sehr hoch und es gibt Stadtteile, wie Marienburg oder Lindenthal, wo keine Wohnung gefunden werden kann, weil die Mietrichtlinien weit unter dem Mietspiegel für diesen Stadtteil liegen. Wohnungen in Kalk, Porz oder Chorweiler, wo der Migrantenanteil leider bereits sehr groß ist, werden besser gefunden“ (E91).

Die Gefahr einer zunehmenden Segregation scheint aber eher gering zu sein, da bisher die Verteilung der Flüchtlinge über das gesamte Stadtgebiet erfolgte wobei die Hilfe durch Ehrenamtliche zusätzlich dazu beigetragen hat, dass die Wohnungsvermittlung in statushöhere Wohngebiete wie Rodenkirchen, Dellbrück oder Brück, sogar überproportional häufig gelungen ist

(E68). Darüber hinaus achtet auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG bei der Vermittlung von Wohnungen und bei den Neubauaktivitäten auf eine dezentrale Verteilung, um die Stabilität der Wohnquartiere nicht zu gefährden.

3.3 Anforderungen an den Wohnungsbestand

Aufgrund des bestehenden Mangels an geeignetem Wohnraum kann die Nachfrage insgesamt nur unzureichend bedient werden, sodass beim Auszugsmanagement mittlerweile lange Wartezeiten bestehen. Zugleich werden die verfügbaren Wohnungen oft nicht den Anforderungen der Interessenten gerecht. So gibt es nur einen geringen Bestand an Wohnungen, die den Bedürfnissen von Alleinlebenden oder von Großfamilien (mit 4½ oder mehr Zimmern) entsprechen, da der Bestand im sozial geförderten Wohnen in Köln vor allem auf Dreizimmerwohnungen ausgelegt ist (E73, 85, 91, 95). Mit dem Familiennachzug werden sich diese Probleme aller Voraussicht nach noch weiter verstärken da die Nachfrage nach großen Wohnungen nochmals ansteigen könnte. Für Alleinlebende finden sich ebenfalls nur wenige Wohnungen, da hier eine erhebliche Konkurrenz, z.B. mit Studierenden, besteht (Friedrichs et al. 2019, S. 115).

3.4 Die Perspektive der Flüchtlinge

Auch für die Flüchtlinge gehört eine eigene Wohnung zu den wichtigsten Etappenzielen. Fast alle Flüchtlinge, die wir im Rahmen unserer Studie in Hamburg, Köln und Mülheim an der Ruhr befragt haben, sind auf der Suche nach einer eigenen Wohnung. Nur in Ausnahmefällen gaben sich die Befragten mit den Gemeinschaftsunterkünften zufrieden („Habe hier alles, was ich brauche“ Mann, 20 Jahre, aus Eritrea). Zum Zeitpunkt unserer Befragung waren neun der insgesamt 57 Befragten aktiv auf der Suche nach einer eigenen Wohnung, 17 hatten bereits erfolgreich eine Wohnung gefunden. Im Schnitt dauerte die Suche nach dieser Wohnung acht Monate, wobei die Spanne von zwei Wochen bis zwei Jahren reichte. Besonders die Rolle von Ehrenamtlichen ist bei dieser Suche hervorzuheben. Häufig verfügen die Flüchtlinge zunächst nicht über die nötigen Kenntnisse des deutschen Wohnungsmarktes und den geeigneten Suchstrategien für eine Wohnung (Baraulina/Bitterwolf 2016, S. 30) und des Weiteren fehlen wichtige Kenntnisse, z.B. im Hinblick auf die Rechte und Pflichten des Mieters. Ehrenamtliche sind dabei häufig eine große Stütze, können jedoch nicht alle strukturellen Probleme auffangen (E69, 76, 80, 85, 87,91, 94) (Friedrichs et al. 2019, S. 117).

Dieses Ergebnis wird auch von der IAB-BAMF-SOEP Flüchtlingsbefragung gestützt, nach der gerade einmal 8 Prozent der befragten Flüchtlinge, die eine eigene Wohnung haben, diese selbstständig gefunden haben. 57 Prozent hatten Unterstützung durch Hilfsorganisationen oder durch staatliche Institutionen und 29 Prozent waren mit Hilfe der eigenen Netzwerke von Freunden, Bekannten oder Familienangehörigen erfolgreich (Baier/Siegert 2018, S. 5). Mit nur

einer Ausnahme wurden bei allen Befragten die Mietzahlungen staatlich unterstützt, in den meisten Fällen handelte es sich um SGBII-Empfänger.

Dass der Umzug in eine eigene Wohnung einer der grundlegenden Schritte der Integration ist, wurde auch einhellig von unseren Expert_innen hervorgehoben.

„Sobald die Leute das Wohnheim verlassen, haben sie auch Kontakte zu Nachbarn, zu Vermietern, zu anderen Institutionen und es entwickeln sich Freundschaften. Das ist der erste Schritt der Integration [...] Das ist ein Stück Selbstständigkeit. Es gibt sicherlich noch Schwierigkeiten mit den Sprachkenntnissen usw., aber eine Normalität kann erst dann entstehen“ (E73).

Für zwei Expert_innen ist der Umzug erst der wirkliche Beginn der Integrationsphase. Für die Flüchtlinge ist besonders die Privatsphäre und eine selbstständige Versorgung von Bedeutung (E71, 73, 85). Unter bestimmten Umständen kann auch die Unterbringung in den Wohnheimen eine Alternative sein. In Köln Rondorf gibt es z.B. eine kleine Wohnunterkunft mit 80 Einwohner_innen, welche über komplett abgeschlossene Wohneinheiten inklusive eigener Küche und Bad verfügt. Dies wurde von unseren Expert_innen als ähnlich integrationsfördernd wie eine eigene Wohnung eingestuft (E66, 77, 84). Allerdings werden gerade kleine Wohnunterkünfte häufig geschlossen, wenn es aus finanziellen Erwägungen zu einem Rückbau bestehender Unterbringungspotentiale kommt (BBSR 2017a, S. 6).

Andere Faktoren erschweren die Integration für Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften. Hierzu zählen zusätzlich zu der mangelnden Privatsphäre Diebstähle, sexuelle Nötigung, brennendes Licht in den Nachtstunden und weitere soziale Probleme, wie z.B. Traumata oder kulturelle Differenzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen (bspw. Jesid_innen und Muslim_innen (E71)). Auch wird der vorhandene Betreuungsschlüssel in den Notunterkünften von 1:60 als nicht ausreichend angesehen (E79). Weiterhin fehlt der wichtige Kontakt zur Außenwelt (E73), der unerlässlich ist für eine gelingende Integration. In zwei Dritteln der Experteninterviews wurden die Lebenssituationen in den Notunterkünften als integrationshemmend beschrieben:

„Wir nehmen in diesen Notmaßnahmen den Flüchtlingen die Chance, ihren Tagesablauf zumindest teilweise selber zu strukturieren, z.B. selber Essen zu zubereiten. Das ist auf Dauer nicht gut“ (E68).

Hinsichtlich der langen Verweildauern in den Notunterkünften von teilweise einem Jahr bzw. von sechs bis neun Monate in den Turnhallen (E82, 85, 94) erscheint die Unterbringung in Not- und Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich kritisch. Schlussendlich bleibt die Aufnahme in Notunterkünften auf die Vermeidung von Obdachlosigkeit beschränkt (E94).

3.5 Die Akzeptanz der Anwohner

In sozial und wirtschaftlich starken Wohngebieten erscheint die Akzeptanz von Flüchtlingen verhältnismäßig groß zu sein (Friedrichs et al. 2019), aufgrund der Wohnungslage werden Flüchtlinge jedoch häufiger eher in sozial benachteiligten Gebieten untergebracht und somit nicht dort, wo die Akzeptanz am größten ist. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Personen in den sozial starken Wohngebieten „nicht selber Gefahr laufen, teilen zu müssen“, sondern dass eher Nachbarschaften betroffen sind „in denen es eher zu Konkurrenzängsten um Ressourcen kommt“ (E70).

„Es wird dort aufgenommen, wo man preisgünstig neuen Wohnraum errichten kann. Das ist in aller Regel da, wo Menschen leben, die Sorge haben müssen, dass sie zu viel abgeben müssen von dem, was da ist bzw. dass das Wenige, was da ist (an schulischer Versorgung, an Kindertageseinrichtungen, an Freizeiteinrichtungen), jetzt noch schwieriger zu nutzen ist. Und das ist dieses Gefälle, was wir in der Gesellschaft haben, wo sie auseinanderbricht“ (E70).

Bei der Konkurrenz um Wohnungen handelt es sich um eines der wenigen Themengebiete, die in den Experteninterviews mit Neid in Verbindung gebracht wurden (E73, 87, 93, 95). So geriet die Kölner Wohnungsbaugesellschaft in die Kritik, als Wohnungssuchende, die seit zwei Jahren auf einer Warteliste standen, erfuhren, dass Flüchtlinge Wohnungen bezogen, in denen sie auch gerne gewohnt hätten. Um solche Konflikte zu vermeiden, hat man sich für ein Konzept der integrativen Belegung entschieden. Nun wird bei Erstvermietung neu angemieteter oder neu errichteter öffentlich-geförderter Wohnungen darauf geachtet, dass die Wohnungen zu je einem Drittel auf (1) Personen mit Wohnberechtigungsschein, (2) Personen mit Zugangsbeschränkungen zum Wohnungsmarkt sowie (3) Obdachlose und anerkannte Flüchtlinge verteilt werden (Stadt Köln 2018c, S. 15). Dennoch besteht in der vorrangigen Vergabe von sozial gefördertem Wohnraum und durch eine Verschärfung des Wettbewerbs um bezahlbaren Wohnraum durch die Flüchtlinge ein erhöhtes Potential für soziale Spannungen (Aumüller et al. 2015, S. 39; Adam et al. 2019a, S. 13). So sind bei der überproportional hohen Vergabe von Neubauwohnungen an Flüchtlinge Konflikte nicht ausgeschlossen, da in diese Wohnungen eigentliche alle ziehen möchten. Um solche bestehenden Konkurrenzen zu anderen Nachfragern des Segmentes zu vermeiden schlägt das BBSR unter anderem die Nutzung von Nichtwohngebäuden zur Unterbringung vor (BBSR 2017b, S. 83). Weiterhin können nur transparente Vergabeverfahren und eine Ausweitung des Bestandes an sozial gefördertem Wohnraum die Konkurrenz auf dem Markt um bezahlbaren Wohnraum entschärfen.

4 Studiendesign und Verlauf

4.1 Forschungsfragen

Auf Grundlage der Literatur und den geschilderten Ergebnissen aus den Kölner Flüchtlings-Studien leiten sich die zentralen Fragen der Erhebung ab. Grundsätzlich haben wir angestrebt, die

Geschichten von Geflüchteten nachzuzeichnen, die bereits in eigene Wohnungen umgezogen sind. Dies sollte einen tieferen Einblick in die Integration von Flüchtlingen in den Wohnungsmarkt ermöglichen und dabei zu der Beantwortung von insgesamt zehn Fragen beitragen.

Durch die Befragungen im Rahmen der Kölner Flüchtlings-Studien konnten wir aufzeigen, dass die Flüchtlinge in den meisten Fällen bereits in mehreren Städten und Notunterkünften untergebracht waren. Um diesen Weg nun bis in die eigene Wohnung verfolgen zu können, haben wir in dieser Befragung die verschiedenen Stationen der Unterbringung nachgezeichnet.

1. Wie ist die Wohnhistorie seit der Ankunft in Deutschland?

Der Kölner Wohnungsmarkt zeichnet sich durch einen Mangel an preisgünstigen bzw. sozial geförderten Wohnungen aus. Betroffen sind zwar nicht nur Flüchtlinge, auf diese wirkt sich der Mangel aber besonders stark aus, da sie häufig nicht über spezifische Kenntnisse des deutschen Mietwohnungsmarktes verfügen. Aus unseren Interviews mit Flüchtlingen ging hervor, dass zahlreiche Befragte von gefühlter Hilflosigkeit und Diskriminierung bei der Wohnungssuche berichteten. Weiterhin erschienen besonders einzelfallorientierte Hilfsangebote wie Patenschaftsprogramme als eine wertvolle Stütze bei der Wohnungssuche. Über diese Form des sozialen Kapitals konnte nicht nur fehlendes Wissen ausgeglichen werden, es konnten auch Probleme bei der Kommunikation mit den Vermieter_innen überbrückt werden. Dieser Eindruck aus den Flüchtlingsbefragungen sollte in der weiterführenden Studie geprüft und inhaltlich untermauert werden.

2. Wie wurde die Wohnung gefunden?

3. Gab es bei der Suche nach der Wohnung (ehrenamtliche) Unterstützung?

Zusätzlich zu der Hürde, eine Wohnung zu finden, ist auch die Art der Finanzierung ein entscheidendes Kriterium der Wohnungswahl. Hier interessiert uns hauptsächlich, inwieweit die Mieten durch Sozialleistungen oder eigenes Einkommen (auch Mischfinanzierungen) gedeckt werden und ob die Finanzierung der Wohnungen durch Sozialleistungen während der Suche als Hindernis wahrgenommen wurden.

4. Wie hoch sind die Kosten der Wohnung und wie wird sie finanziert?

Auch die Angebotsseite ist bei der Unterbringung der Flüchtlinge zu berücksichtigen. Hierzu zählt die Art der Unterbringung, die entweder in sozial gefördertem Wohnraum, einer regulären Mietwohnung oder (in seltenen Fällen) in selbstbewohntem Wohneigentum erfolgt. Mit dieser Frage ist sehr eng verbunden, wer die Wohnungen vermietet, ob es sich dabei um einen Privatvermieter, ein Wohnungsbauunternehmen oder eine -genossenschaft handelt.

5. Welche Art hat das Mietverhältnis der Flüchtlinge?

6. Wer vermietet die Wohnung?

Zusätzlich zu diesen *harten* Kriterien müssen auch *weiche* Faktoren berücksichtigt werden. Ein grundlegender Ansatz der Integrationsbemühungen sollte es sein, Flüchtlinge nicht vorrangig in sozialen Brennpunkten unterzubringen, sondern auf sozial gemischte Wohngebiete zu achten. Damit eng verbunden ist die Qualität des Wohnungsbestandes in den Gebieten.

7. Wie ist die Wohnlage zu bewerten? Wie ist der soziale Status des Wohngebietes?
8. Wie ist das Erscheinungsbild der Wohnung?

Weiterhin stellen sich Fragen nach der Wahrnehmung des Umfeldes. Dazu gehört unter anderem auch die Vernetzung mit der direkten Nachbarschaft über die eigenen ethnischen Grenzen hinaus.

9. Wie wird das Wohnumfeld wahrgenommen?
10. Bestehen soziale Kontakte zum nachbarschaftlichen Umfeld?

4.2 Forschungsdesign

Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir die Erhebung auf die Stadt Köln beschränkt. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen zeichnet sich dieses Untersuchungsgebiet durch einen besonders angespannten Wohnungsmarkt aus. Gerade im Hinblick auf günstigen Wohnraum ist die Konkurrenz hier sehr groß, was die Wohnungssuche erschwert. Zum anderen liegen bereits Ergebnisse aus den vorangegangenen Flüchtlingsbefragungen vor, mit denen die Ergebnisse der neuerlichen Befragung kontrastiert werden können. Darüber hinaus konnte auf bestehende Kontakte zu Verwaltung, Flüchtlingsunterkünften und Ehrenamtlichen zurückgegriffen werden. Somit lagen auch forschungspraktische Erwägungen bei der Auswahl des Forschungsgebietes zu Grunde.

Weiterhin haben wir ein quantitatives Forschungsdesign mit offenen Elementen ausgewählt. Dies ermöglicht eine höhere Vergleichbarkeit zwischen den Befragten, ohne jedoch gänzlich auf freie Assoziationen und Gedanken der Befragten verzichten zu müssen. Angestrebt wurde zu Beginn der Studie eine Fallzahl von etwa 100 Interviews. Durch mehrere Unwägbarkeiten im Laufe des Forschungsprozesses, u.a. ein längerer krankheitsbedingter Ausfall, wurde dieses Ziel noch nicht erreicht.

4.3 Verlauf der Studie

Die ursprüngliche Projektlaufzeit war auf den Zeitraum 15. Mai 2019 bis 15. August 2019 terminiert, diese wurde bis zum 15. Oktober verlängert. Nachdem es einige administrative Hürden zu überwinden galt, begann die Projektarbeit Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch Kim Singfield als Wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Verstärkung des Projektteams eingestellt, die

bereits als Wissenschaftliche Hilfskraft an den Kölner Flüchtlings-Studien mitgewirkt hatte. In dieser ersten Projektphase erfolgte die Akquise von Adressen und Kontaktdaten von Flüchtlingen, die bereits in regulären Wohnraum umgezogen sind. Hierzu wurde weitgehend auf die Kontakte zurückgegriffen, die sich bereits in den Kölner Flüchtlings-Studien bewährt hatten. An ausgewählte Expert_innen wurde eine E-Mail verschickt, in der die wichtigsten Pfeiler des Vorhabens erläutert wurden. Des Weiteren wurden sie gebeten, uns bei der Suche nach Kontakten zu unterstützen. Eine Liste der Institutionen, die sich unter den Empfängern unserer Anfrage befanden, findet sich im Anhang 1.

Um valide Ergebnisse durch die Befragung zu bekommen und Teilnahmeverweigerungen durch mangelnde Sprachkenntnisse zu verhindern, haben wir die Fragebögen in die Muttersprachen der Befragten übersetzen lassen und Interviewer_innen ausgewählt, die entsprechende Sprachkenntnisse vorwiesen. Im Anschluss an die Befragung sollten die Interviewer die geführten Interviews für die Auswertung wieder ins Deutsche zurückübersetzen. In den meisten Fällen hatten die Interviewer_innen ähnliche ethnische Wurzeln wie die Befragten. Die positiven Effekte durch dieses Vorgehen sind in der Literatur weitgehend diskutiert und nachgewiesen (El-Menouar 2019). Aus diesem Grund begannen wir mit der Akquise von Interviewer_innen mit Fremdsprachkenntnissen in Englisch, Arabisch, Persisch, Kurdisch, Dari oder Farsi. Die Ausschreibung erfolgte über diverse Universitätsverteiler in Bonn und Köln, dabei insbesondere in den Fachbereichen der Soziologie und der Asienwissenschaften. Weiterhin wurden die Stellen über das Jobportal der Universität zu Köln ausgeschrieben, von wo aus sie ebenfalls für Jobsuchmaschinen im Internet zugänglich waren. Zudem entwickelten wir in dieser Projektphase den Fragebogen entlang der von uns identifizierten Fragestellungen.

In der zweiten Phase des Projektes standen die endgültigen Vorbereitungen der Feldphase im Mittelpunkt. In dieser Phase wurden die Interviewer_innen bezüglich der Besonderheiten sozialwissenschaftlicher face-to-face Befragungen geschult und erhielten eine gezielte Einweisung in den Fragebogen und die Fragestellungen der Studie. Weiterhin erfolgte in dieser Phase die Übersetzung des Fragebogens in Arabisch, Persisch, Farsi und Englisch (Für die deutsche Fassung siehe Anhang 2). Zudem mussten Interviewer_innen nachakquiriert werden, da einige Interessent_innen nicht zur Schulung kamen und daher nicht berücksichtigt wurden.

Anfang September konnte die Feldphase gestartet werden. Zusätzlich zu den bereits akquirierten Adressen sollten über ein Schneeballverfahren weitere Adressen gesammelt werden, die dann wiederum den Sprachkenntnissen entsprechend den Interviewer_innen zugeteilt werden sollten. Darüber hinaus haben wir bei dem Besuch von Veranstaltungen und über Ausschreibungen über verschiedene Verteiler versucht, weitere Interviewpartner_innen zu gewinnen. Leider blieben wir dennoch bislang hinter dem angestrebten Ziel von 100 Interviews deutlich zurück.

4.4 Probleme und Hindernisse

Das größte Problem der Studie lag im Bereich der Adressenakquise. Obwohl zahlreiche Stellen ihre Hilfsbereitschaft bekundet und im Rahmen der Kölner Flüchtlings-Studien auch bereits geholfen haben, konnten in den meisten Fällen aufgrund der strengen Datenschutzgrundverordnung keine Adressen herausgegeben werden. Die Weitergabe der Adressen ist nur durch persönliche Zustimmung der Zielpersonen zulässig. Da das Einholen dieser Einwilligungen jedoch sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, konnten die meisten angefragten Institutionen, diesen zusätzlichen Aufwand nicht leisten. Das angedachte Schneeballverfahren, durch das die Interviewer_innen ihrerseits neue Adressen generieren sollten, funktionierte leider nicht. Aus den ca. 20 Kontakten, die beim Start der Feldphase angegeben waren, konnten keine weiteren Adressen gesammelt werden. Auch weitere Versuche, über den Besuch von Veranstaltungen für Flüchtlinge weitere Kontakte zu generieren, blieben bislang weitestgehend erfolglos.

5 Ergebnisse der Studie

5.1 Soziodemografische Merkmale der Befragten

Aufgrund des geringen Umfangs der Stichprobe können die Daten nicht als repräsentativ angesehen werden. Dennoch konnten einige Erkenntnisse über den Schritt in eine eigene Wohnung gesammelt werden. Bis zum Stichtag der Studie (01. November 2019) wurden 13 Interviews durchgeführt und ausgewertet. Die Befragungen fanden im Zeitraum vom 11.09.2019 bis zum 21.10.2019 statt. Befragt wurden fünf Frauen und acht Männer. Von den Befragten kommen jeweils vier Personen aus Syrien und dem Iran, die anderen aus Ghana (2), Afghanistan (1), Irak (1) und den Palästinensergebieten (1). Das Alter der Personen liegt zwischen 26 und 58 Jahren. Das Bildungsniveau der Befragten variiert zwischen „keine Schule besucht“, was nur auf eine Person zutrifft, und „mehr als 10 Jahre Schulbesuch“, was insgesamt 4 Personen angaben. Bezüglich der Verteilung des Familienstandes sind 7 der Befragten verheiratet, 5 Personen ledig, eine Person ist geschieden. Auch im Hinblick auf den aktuellen Schutzstatus zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Insgesamt gaben sechs Personen an, einen Flüchtlingsstatus zu haben und fünf weitere hatten eine Asylberechtigung. Darüber hinaus ist eine Person geduldet und bei einer liegt ein Abschiebungsverbot vor. Die Zeitspanne, in der die Flüchtlinge ihr Heimatland verlassen haben, liegt vorrangig im Bereich von 2010 bis 2018, wobei acht der Befragten im Zeitraum von 2013 bis 2015 geflohen sind. In Deutschland angekommen sind die Befragten zwischen 2013 und 2018, sieben davon 2015. Eine Person verließ ihr Heimatland bereits 1999. Von den Befragten sind insgesamt acht Personen berufstätig, eine_r in Vollzeit und sieben in Teilzeit. Eine_r befindet sich in Ausbildung und eine_r ist bereits Rentner_in. Nur drei Personen gaben an, arbeitslos zu sein.

5.2 Merkmale der Wohnungen

Die Befragten leben allesamt noch nicht lange in ihren Wohnungen. Während gerade einmal drei Personen seit 2017 oder früher in ihren Wohnungen leben, sind zehn Personen erst 2018 oder 2019 eingezogen. Die Wohnungsgröße variiert zwischen 24 qm und 130 qm, der Durchschnitt liegt hier bei 69 qm. Die meisten Wohnungen haben ein bis drei Zimmer, im Schnitt stehen den Haushalten 2,3 Zimmer zur Verfügung. Nur zwei Personen haben Wohnungen mit vier oder fünf Zimmern. Vier Personen wohnen allein in ihrer Wohnung. Die Spanne reicht hier bis zu Haushalten mit fünf Personen, was zwei der Befragten angaben. Im Durchschnitt leben 2,4 Personen in den Haushalten. Fünf Befragte leben mit Ihren Ehepartner_innen zusammen. Vier Personen leben mit einem, eine Person mit zwei und zwei Personen mit drei Kindern in einem Haushalt. Die Wohnungsgröße wurde von einer Person als zu klein, von zwei Personen als etwas zu klein, eingeschätzt, die zehn Verbleibenden schätzten die Wohnungsgröße als gerade richtig ein. Darüber hinaus zeigte sich, dass die Wohnungen hauptsächlich allein, oder von Eheleuten mit Kindern bezogen wurden. In nur einem Fall lebt eine_r der Befragten mit einem Bruder oder einer Schwester zusammen. Bei keinem der Befragten leben die Eltern, Schwiegereltern, Freund_innen oder Bekannte mit im Haushalt. Auch andere Formen von Wohngemeinschaften kamen in unserer Befragung nicht vor. Das Alter der Kinder erstreckt sich von einem Jahr (zweimal genannt) bis 16 Jahre (einmal genannt). Die Höhe der Miete variiert zwischen 100 (was jedoch unrealistisch erscheint) und 1.140 Euro pro Monat (inkl. Heizung, Warmwasser und Nebenkosten). Im Durchschnitt wurden 680 Euro für die Warmmiete aufgewendet. Die Wohnungen sind bei sieben Befragten aus dem Bestand des sozial geförderten Wohnungsbaus und in sechs Fällen im Besitz von privaten Vermieter_innen, keiner unserer Befragten nannte ein größeres Wohnungsbauunternehmen als Vermieter_in. Insgesamt bekamen zehn Befragte ihre Wohnung in Gänze durch Sozialleistungen finanziert, bei einer Person ist dies nur teilweise der Fall, zwei Personen gaben an, ihre Wohnungen eigenständig zu finanzieren. In fast allen Fällen wurde die Wohnung selbst eingerichtet. Nur eine Person antwortete, dass die Wohnung teilweise möbliert gewesen sei.

5.3 Erfahrungen bei der Wohnungssuche

Insgesamt gaben 11 der 13 Befragten an, Hilfe bei der Wohnungssuche gehabt zu haben. Die Hilfe von Einzelpersonen wurde mit fünf Nennungen am häufigsten genannt, drei Personen gaben an, über das Kölner Auszugsmanagement eine Wohnung gefunden zu haben. Eng mit dem Auszugsmanagement arbeitet auch die Kölner GAG zusammen, die von einem der Befragten in besonderer Weise herausgehoben wurde:

„Die Hilfe, die wir von der GAG erhielten und die wir immer noch erhalten. Die Tatsache, dass wir uns nicht mehr weiter um die Wohnung kümmern mussten. Dadurch hatte ich Zeit, um mich um meine Hausaufgaben zu kümmern. Zu der Zeit habe ich Deutsch gelernt.“ (Fragebogen Nr. 105; im Folgenden abgekürzt als Fr. Nr.)

Das angegebene Zitat ist nicht nur ein positives Beispiel für die umfangreiche Unterstützung eines Flüchtlings bei der Wohnungssuche, sondern hebt die Wichtigkeit dieser Hilfe mit Bezug auf die Integrationsmöglichkeiten hervor. Die frei gewordenen Ressourcen konnten genutzt werden, um sich den Hausaufgaben bzw. dem Deutschlernen zu widmen.

Die besondere Stellung von Hilfeleistungen spiegelt sich auch in den positiven Erfahrungen wider, die bei Suche nach einer Wohnung gemacht wurden. Mit einer offen formulierten Frage haben wir die Flüchtlinge gefragt, welche positiven und welche negativen Erfahrungen sie bei der Wohnungssuche gemacht haben. Insgesamt bezogen sich acht der insgesamt 17 Nennungen (Mehrfachnennungen waren möglich) auf die positive Erfahrung der geleisteten Hilfe, entweder generell oder in zwei Antworten sogar explizit durch die GAG. Weiterhin wurde positiv angemerkt, dass neue Kontakte geknüpft wurden (2 Nennungen), die Wohnung finanzierbar sei und (in einem Fall), dass schnell eine eigene Wohnung gefunden wurde. Fünf Personen gaben an, keine positiven Erfahrungen bei der Wohnungssuche gemacht zu haben.

Während die Befragten bei den positiven Erfahrungen insgesamt 17 Angaben machten, so liegt die Anzahl der Nennungen bei den negativen Erfahrungen mit 29 deutlich höher. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Wohnungssuche als sehr belastend wahrgenommen wurde. Nur zwei Personen gaben an, dass sie im Rahmen ihrer Wohnungssuche keine negativen Erfahrungen gemacht hätten. Am häufigsten wurde auf die generalisierte Sichtweise verwiesen, dass die Wohnungssuche sehr schwierig gewesen sei.

„Es gibt nur wenige Wohnungen und die sind sehr klein und teuer. Es ist im Allgemeinen schwer, etwas zu finden.“ (Fr.Nr.: 108)

Zudem wurden der hohe Bürokratieaufwand, sowie die große Konkurrenz um die wenigen freien Wohnungen hervorgehoben

„Viel Bürokratie, umständliche Vorgehensweise.“ (Fr.Nr.: 119)

„Ich habe zwei Wohnungen über das Internet gefunden, anschließend habe ich Besichtigungstermine vereinbart. Anschließend bin ich dort hingegangen und habe mir mit ca. 10 weiteren Interessenten die Wohnung angeschaut. Die Eigentümer sagten, sie würden uns anrufen, aber sie haben es nie getan. Es ist sehr schwer gewesen, so eine Wohnung zu bekommen.“ (Fr.Nr. 105)

Vier Personen gaben an, dass Sie Probleme mit den Vermieter_innen gehabt hätten, besonders hervorgehoben wurden hierbei Diskriminierungserfahrungen:

„Es ist sehr problematisch für die Ausländer eine Wohnung zu finden, weil die Vermieter keine Ausländer mögen. Die Sprache ist auch ein Problem.“ (Fr.Nr.: 120)

„Es gab Schwierigkeiten, weil manche Vermieter es nicht mögen, wenn sie davon Ahnung haben, dass wir Flüchtlinge sind. [...] Die Vermieter mögen Deutsche mehr als Ausländer.“ (Fr.Nr. 116)

Eine_r der Befragten fühlte sich sogar in einer doppelten Weise diskriminiert. Einerseits hob er/sie die Schwierigkeiten hervor, als Ausländer_in eine Wohnung zu finden, darüber hinaus verwies er/sie auf die Probleme, die sich durch die Finanzierung der Miete durch das Jobcenter ergeben. Darüber hinaus verwies er/sie auf die schwache Stellung gegenüber Maklern, die die fehlenden Sprachkenntnisse von Flüchtlingen ausnutzen würden:

„Erfahrene Vermieter haben eine ganze Reihe von Kriterien, nach denen sie ihre Mieter aussuchen: Meistens sind die Ausländer ausgeschlossen; Vermieter denken, dass Jobsuchende schlechter bezahlen; die Mieter mit niedrigem Einkommen sind ausgeschlossen. Viele Makler nutzen Ausländer aus, weil sie die Sprache nicht beherrschen.“ (Fr.Nr.: 112)

5.4 Zufriedenheit in der eigenen Wohnung und in der Nachbarschaft

Ist der Weg in eine eigene Wohnung erfolgreich vollbracht, zeichnen unsere Ergebnisse ein deutlich positiveres Bild. Gefragt zu ihrer Zufriedenheit mit ihrer derzeitigen Wohnsituation auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden) ergab sich ein Durchschnittswert von 8,9, welcher auf eine sehr hohe Zufriedenheit hindeutet. Als schlechtester Wert wurde eine 6 vergeben. Insgesamt gaben 7 Personen an, voll und ganz mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufrieden zu sein. Um einen differenzierteren Eindruck von der Wahrnehmung der neuen Nachbarschaft zu bekommen, haben wir eine Itematterie verwendet, in der die Befragten den getroffenen Aussagen entweder zustimmen oder diese ablehnen sollten (siehe Tabelle 3). Besonders scheint hier das Gefühl von Sicherheit bei den Flüchtlingen angekommen zu sein. Nur eine/einer der Befragten gab an, sich in der neuen Wohnumgebung gar nicht sicher zu fühlen. Zehn Personen hingegen stimmten der Aussage das sie sich sicher fühlen voll und zwei Personen eher zu. Auch die weiteren Items, die sich im weitesten Sinne auf die Sicherheit im Wohngebiet und Störungen durch andere beziehen, wurden überwiegend positiv bewertet. So stimmten nur drei Personen der Aussage zu, dass es im Wohngebiet zu laut sei. Nur zwei stimmten der Aussage eher zu, dass es zu viel Kriminalität gäbe und nur eine Person nahm den Alkoholkonsum in der Nachbarschaft als eher zu hoch wahr. Weiterhin gab nur eine Person an, oft Ärger mit den Nachbar_innen zu haben.

Kritischer wurden jene Items beantwortet, die sich auf die persönlichen Netzwerke im Wohngebiet beziehen. So gab mehr als die Hälfte der Befragten an, dass es eher schwer sei, in der Nachbarschaft Personen kennenzulernen. Weiterhin gaben sieben Personen an, dass ihnen der Anteil an Ausländern in der Nachbarschaft zu hoch sei. Darüber hinaus gibt es negative Aussagen bzgl. der örtlichen Infrastruktur. So gaben sieben Befragte an, dass der Weg zur Schule, zur Arbeit oder zum Sprachkurs zu weit sei. Insgesamt fünf Befragte bemängelten die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und sieben Personen gaben an, dass es zu wenige Einkaufsmöglichkeiten in der Nachbarschaft gäbe. Demgegenüber finden sich deutlich positivere Sichtweisen bezüglich der Freizeitgestaltung. Nur drei Personen sahen das Freizeitangebot als zu gering an und ebenfalls gaben nur drei Befragte an, dass es zu wenig Parks in der Nachbarschaft gäbe.

Tabelle 3: Aussagen zu der Nachbarschaft

Aussage	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu	k. A.
1. Ich fühle mich hier sicher.	10	2	0	1	0
2. Ich kenne hier nur wenige Personen.	4	5	3	1	0
3. Der Weg zur Schule / Arbeit /Sprachkurs ist sehr weit.	5	2	4	2	0
4. Hier ist es schwierig, Personen kennenzulernen.	2	5	4	2	0
5. Es gibt zu wenig Freizeitangebote.	2	1	8	1	1
6. Die Verkehrsanbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr ist schlecht.	4	1	3	5	0
7. Es gibt zu wenige Einkaufsmöglichkeiten.	5	2	2	4	0
8. Hier gibt es zu wenig Parks.	2	1	4	6	0
9. Hier ist es zu laut.	1	2	3	7	0
10. Hier leben zu viele Ausländer.	5	2	4	2	0
11. Hier gibt es zu viel Kriminalität.	0	2	3	8	0
12. In der Nähe meiner Wohnung hängen sehr viele Menschen auf der Straße herum.	1	2	4	6	0
13. Ich habe oft Ärger mit meinen Nachbarn.	1	0	3	9	0
14. Hier ist der Alkoholkonsum zu hoch.	0	1	5	7	0

Zusätzlich zu den beschriebenen Fragen haben wir offen abgefragt, was die Flüchtlinge positiv und was sie negativ an ihrer neuen Nachbarschaft bewerten. Auch hier hebt sich besonders die „Ruhe“ mit sechsmaliger Nennung ab, die nicht zuletzt auch unter einem Sicherheitsaspekt und im Hinblick auf die Erfahrungen der Flucht und der Aufnahme in den Gemeinschaftsunterkünften betrachtet werden sollte.

„Die Nachbarn sind ruhig, wir haben keine Probleme miteinander.“ (Fr.Nr.: 105)

In insgesamt acht Antworten werden die Schönheit des Wohngebietes (drei Nennungen), der Wohnungen (eine Nennung), die netten Menschen vor Ort (drei Nennungen) und die Sauberkeit (eine Nennung) als positiv im Wohngebiet beurteilt.

„Meine Nachbarn sind freundlich und ich fühle mich hier wohl.“ (Fr.Nr.: 104)

Ebenfalls gibt es positive Aussagen im Hinblick auf die bestehende Freizeitinfrastruktur. Hier wurden von vier Personen die Grünanlagen im Wohnumfeld genannt, eine weitere Person nannte einen Spielplatz, zwei weitere Befragte beschrieben ihre Nachbarschaft als familienfreundlich. Hinsichtlich der übrigen Infrastruktur gibt es nur verhältnismäßig wenige Nennungen. So stellten drei Personen die guten Einkaufsmöglichkeiten heraus und eine Person verwies auf nahegelegene Schulen, Kindergärten und Ärzte. Zwei Personen hoben darüber hinaus die gute Verkehrsanbindung hervor.

Mit Blick auf die Dinge, die den Befragten in ihrer Nachbarschaft nicht gefallen, wird deutlich, dass die Zahl der positiven Assoziationen mit 32 Antworten (eine Angabe war „Nichts“) deutlich höher ist, als die insgesamt 8 negativen Angaben. Dies kann als Hinweis gedeutet werden, dass die befragten Flüchtlinge ein sehr positives Bild von ihrer neuen Nachbarschaft haben. Weiterhin lässt sich bei den negativen Einstellungen gegenüber der neuen Nachbarschaft kein Trend ausmachen, da für die Angaben, dass es vor Ort keine Einkaufsmöglichkeiten gäbe, das Wohngebiet dreckig oder die Nachbar_innen unfreundlich seien, gerade einmal je zwei Nennungen gibt.

5.4 Das Wohngebiet als Lebensmittelpunkt

In dem nächsten Schritt haben wir uns der Frage zugewandt, wie zentral das eigene Wohngebiet für das Sozialleben der Befragten ist. Zu diesem Zweck wurde zunächst gefragt, wie häufig das Wohngebiet für verschiedene Tätigkeiten verlassen wird. Von den Befragten gaben sieben Personen an, das Wohngebiet mindestens einmal pro Woche für die Arbeit zu verlassen. Da insgesamt nur neun Personen angaben, berufstätig oder in Ausbildung zu sein, scheint der Großteil der Flüchtlinge für die Ausübung des Berufs das eigene Wohngebiet zu verlassen. Drei der Befragten gaben an, regelmäßig ihre Kinder in einem anderen Wohngebiet in die Schule oder den Kindergarten zu bringen. Fünf Personen gaben an, dass Wohngebiet mindestens mehrmals die Woche für einen Sprachkurs zu verlassen. Sieben Befragte antworteten, das Wohngebiet zu verlassen, um Freunde zu treffen, bei Familienmitgliedern sind es vier Personen. Noch häufiger verlassen die Befragten das Wohngebiet, um Freizeitangebote wahrzunehmen. Weiterhin gaben sieben Personen an, für den Kirchen- oder Moscheebesuch zu pendeln.

Tabelle 4: Verlassen des Wohngebietes

Wie häufig verlassen Sie Ihr Wohngebiet um...?	Täglich/ Fast täglich	Mehrmals die Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener / Nie	k.A.
1. ... zur Arbeit zu gehen?	4	2	1	1	4	1
2. ... die Kinder in die Schule / Kindergarten zu bringen?	3	0	0	0	7	3
3. ... an einem Sprachkurs teilzunehmen?	3	2	0	0	5	3
4. ... Freunde zu treffen	1	2	2	2	5	1
5. ... Familienmitglieder zu treffen?	1	0	2	1	7	2
6. ... Freizeitangebote wahrzunehmen?	3	2	2	1	5	0
7. ... in die Kirche/Moschee zu gehen?	0	0	3	4	5	1

Tabelle 5: Kontakte innerhalb der Nachbarschaft

Wie viel Kontakt haben Sie innerhalb Ihrer Nachbarschaft zu...	Täglich/ fast täglich	Mehrmals pro Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener/ Nie
1. ...Deutschen?	3	1	0	2	7
2. ...Flüchtlingen?	2	4	1	1	5
3. ...anderen Personen Ihres Kulturkreises?	3	1	4	2	3
4. ... Personen aus anderen Ländern?	2	1	2	2	6

Um einen genaueren Eindruck der Netzwerkstrukturen der Flüchtlinge zu bekommen, haben wir sie zu ihren Kontakten innerhalb und außerhalb des Wohngebietes zu verschiedenen sozialen Gruppen befragt. Insgesamt gaben sieben Personen an, nur seltener als mehrmals im Monat, bzw. nie Kontakt zu Deutschen in ihrem Wohngebiet zu haben. Sechs Personen gaben an,

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

mindestens mehrmals in der Woche Kontakt zu anderen Flüchtlingen im Wohngebiet zu haben. Acht Befragte haben wöchentlich Kontakt zu Personen aus dem eigenen Kulturkreis innerhalb des Wohngebietes, zu Migrant_innen aus anderen Ländern besteht im eigenen Wohngebiet seltener Kontakt. Fünf Personen gaben an, zumindest wöchentlich Kontakt mit dieser Gruppe zu haben.

Werden die sozialen Kontakte über das eigene Wohngebiet hinaus betrachtet, so erscheinen die Kontakte vor Ort geringfügig zahlreicher zu sein. Im Gegensatz zu den Kontakten innerhalb des Wohngebietes besteht dort jedoch häufiger Kontakt zu Deutschen. So gaben sechs Personen an, mindestens einmal die Woche Kontakt zu Deutschen außerhalb des eigenen Wohngebietes zu haben, zu anderen Flüchtlingen sind es sieben Befragte. Kontakte zur eigenen kulturellen Gruppe haben fünf Personen täglich. Kontakte zu weiteren Migrant_innen anderer Gruppen kommen außerhalb des Wohngebietes häufiger vor als innerhalb.

Tabelle 6: Kontakte außerhalb der Nachbarschaft

Wie viel Kontakt haben Sie <u>außerhalb</u> Ihrer Nachbarschaft zu...	Täglich/ fast täglich	Mehrmals pro Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener/ Nie
1. ... Deutschen?	2	1	3	2	5
2. ... Flüchtlingen?	2	4	1	0	6
3. ... anderen Personen Ihres Kulturkreises?	5	0	2	1	5
4. ... Personen aus anderen Ländern?	3	0	3	3	4

Wird die Struktur der persönlichen sozialen Kontakte zu den verschiedenen sozialen Gruppen betrachtet, so können die relativ zahlreichen Kontakte zu Personen des eigenen Kulturkreises als Hinweis auf die wichtige Bedeutung von bonding social capital angesehen werden. Besonders im eigenen Wohngebiet scheint hier die Nähe gesucht zu werden, wobei daraus nicht abgeleitet werden kann, das bridging social Capital würde vernachlässigt. Betrachtet man die Kontakte innerhalb und außerhalb des Wohngebietes zu Deutschen, so gibt es allerdings vier Befragte, die seltener oder nie Kontakt zu Deutschen zu haben. Hier sollte stärker darauf geachtet werden, Kontaktmöglichkeiten zwischen den Flüchtlingen und Deutschen zu schaffen.

Eine wichtige Hürde für Kontakte sind die fehlenden Sprachkenntnisse der Flüchtlinge. So gaben vier Personen an, Deutsch eher schlecht oder gar nicht zu sprechen. Gefragt nach der Spra-

che, mit der die Befragten mit ihren Freunden sprechen, gaben sechs Personen an, ausschließlich oder überwiegend in ihrer Muttersprache zu sprechen. Sieben Personen gaben an, überwiegend andere Sprachen zu verwenden, vorrangig Deutsch oder auch Englisch.

Tabelle 7: Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse

Wie gut können Sie Deutsch...	Sehr gut	Gut	Mittelmäßig	Eher schlecht	Gar nicht
... lesen?	0	8	2	1	2
... sprechen?	1	6	2	2	2
... schreiben?	0	6	4	0	3

5.5 Einschätzung durch die Interviewer

Um ein abschließendes Bild von der Wohnsituation der Flüchtlinge zu bekommen, die nicht von der möglicherweise bestehenden Dankbarkeit gegenüber der Aufnahmegesellschaft und durch soziale Erwünschtheit geprägt ist, haben wir unsere Interviewer_innen gebeten, die Wohnsituation der Flüchtlinge nach Abschluss des Interviews aus ihrer Sicht zu bewerten. Hierbei wurde der Zustand des Wohnhauses achtmal als sehr sauber beschrieben, nur zweimal wurde ein mittlerer Wert angegeben. Noch positiver fiel die Einschätzung des Gesamtzustandes des Hauses aus: neunmal wurde geantwortet, dass der Zustand sehr neuwertig sei, in vier Fällen wurde das Wohnhaus sogar als sehr luxuriös beschrieben.

Auch die Bewertung der Wohnungseinrichtungen fiel ähnlich positiv aus. So wurde die Wohnungseinrichtung siebenmal als sehr neuwertig beschrieben, als schlechteste Einschätzungen wurden dreimal mittlere Werte angegeben. Auf einer Skala von luxuriös bis ärmlich wurden hier jedoch vorrangig mittlere Werte vergeben.

6 Fazit

Wie gezeigt werden konnte, ist die eigene Wohnung ein wichtiger Grundstein für eine gelungene Integration. In der Regel erschweren die Lebensbedingungen in den Gemeinschaftsunterkünften und insbesondere auch ihre Bauweise, die nicht für das Wohnen vorgesehen ist, eine Integration massiv. Die Stadt Köln ist sich dessen bewusst und hat sich, nachdem der hohe Zufluss von Asylbewerbern zurückgegangen ist, darauf konzentriert, die Flüchtlinge aus den Notunterkünften herauszubekommen. Der nun anstehende Schritt besteht darin, die Flüchtlinge in eigene Wohnungen zu vermitteln.

In dieser Studie haben wir zum einen dargestellt, welche Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche entstehen, wie aber dennoch der Weg in eine eigene Wohnung gelingen kann. Zu den strukturellen Problemen bei der Wohnungssuche zählen vor allem: Unkenntnis über deutsche Bürokratie, Vorurteile von Vermieter_innen, Familiengröße, fehlende Sprachkenntnisse und ein fehlender Arbeitsplatz und damit verbunden ein fehlendes Einkommen. Hinzu kommen der angespannte Wohnungsmarkt und die Befürchtungen vor Segregation und Ausgrenzung. Zum anderen entstehen nach dem Einzug in die eigene Wohnung auch Probleme, mit denen viele in Deutschland aufgewachsene Personen nicht konfrontiert werden. Vielen Flüchtlingen sind Begriffe wie Nebenkostenabrechnung und Heizkosten zunächst unbekannt und auch die erste Stromrechnung kann zu Unverständlichkeiten führen.

Bei der eigentlichen Wohnungssuche wurden 11 der 13 Befragten unterstützt, vor allem von Einzelpersonen. Dies unterstreicht abermals die wichtige Rolle des Ehrenamts bei der Wohnungssuche für Flüchtlinge. Auch das Auszugsmanagement ist als unterstützende öffentliche Einrichtung von großer Bedeutung. Diese Unterstützung wurde von mehreren Befragten als positiv bei der Wohnungssuche hervorgehoben. Insgesamt überwiegen jedoch die negativen Erfahrungen, was erneut vor Augen führt, welche Schwierigkeiten mit der Wohnungssuche verbunden sind und welche Belastungen für Flüchtlinge damit einhergehen.

Somit konnten sowohl die Ergebnisse aus der Literatur, als auch unsere Erkenntnisse aus den vorangegangenen Kölner Flüchtlings-Studien, bestätigt werden. Die Wohnungssuche bietet für Flüchtlinge, gerade in einer Großstadt wie Köln, zahlreiche Hürden. Diese Probleme beschränken sich jedoch nicht auf das geringe Angebot an Wohnungen, genannt wurden vor allem Diskriminierungserfahrungen und Sprachprobleme. Weiterhin vermeiden anscheinend zahlreiche Vermieter_innen Mieter_innen, deren Miete durch das Jobcenter oder andere Sozialleistungen finanziert wird.

Mit den gefundenen Wohnungen sind die meisten der Befragten zufrieden. Sie fühlen sich in ihrem neuen Wohnumfeld sicher, was besonders für Flüchtlinge nach einer langen Zeit der Unsicherheit und Ungewissheit ein wichtiger Faktor und der Integration zuträglich ist. Auch in Bezug auf das sonstige Wohlbefinden im eigenen Wohngebiet äußerten sich die Befragten überwiegend zufrieden. Insbesondere die Ruhe des Wohnumfeldes wird als positiv herausgestellt

und steht im Kontrast zu den Erfahrungen in den Gemeinschaftsunterkünften. Die größten Einschränkungen werden hinsichtlich der weiten Wege gesehen, sowohl zur Arbeit / Schule / Sprachkurs, als auch zu den nächsten Einkaufsmöglichkeiten. Ein Problem, das sich auch durch die periphere Lage einiger der preiswerteren Wohngebiete in Köln ergibt. Es sind gerade diese Wohngebiete, in denen der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund relativ hoch ist, was ebenfalls z.T. als störend empfunden wurde. Weiterhin fällt es einigen Flüchtlingen schwer, in den neuen Nachbarschaften Kontakte zu knüpfen. Hinsichtlich der Freizeitgestaltung scheint jedoch eine hohe Zufriedenheit zu herrschen.

Wird die Struktur der persönlichen sozialen Kontakte zu den verschiedenen sozialen Gruppen betrachtet, so können die zahlreichen Kontakte zu Personen des eigenen Kulturkreises als Hinweis auf die wichtige Bedeutung von bonding social capital angesehen werden. Besonders im eigenen Wohngebiet scheint hier die Nähe zur eigenen ethnischen community gefunden zu werden. Des Weiteren gibt es bei einem Großteil der Befragten bridging social capital in Form von Kontakten zu Deutschen. Wiederum andere Befragte haben selten oder nie Kontakt zu Deutschen. Bezogen auf die Deutschkenntnisse gibt es deutliche Differenzen zwischen den Flüchtlingen. Während einige gute Sprachkenntnisse haben, verfügt ein Teil über gar keine Deutschkenntnisse. So variiert auch die täglich genutzte Sprache mit den Freunden und Familienmitgliedern zwischen den Befragten. Während einige fast ausschließlich Deutsch sprechen, verbleiben einige in Ihrer Muttersprache. Für eine gelingende Integration ist die Sprache des Aufnahmelandes jedoch fundamental. Dies unterstreicht die Bedeutung von Begegnungsorten zwischen Flüchtlingen und Deutschen, die durch die zuständigen Akteure gefördert werden sollten.

Die Wohnungssuche verläuft oft schwer und es müssen zahlreiche Hürden überwunden werden, damit der Einzug in die eigene Wohnung erfolgen kann. Wenn dies gelungen ist, sind die meisten Flüchtlinge zufrieden, da sie einen Ort des Rückzugs und der Ruhe für sich gefunden haben. Für ein ‚Ankommen‘ im neuen Land sollte weiterhin schnellstmöglich ein Umzug in eine eigene Wohnung ermöglicht werden. Nachdem die Flüchtlinge eine Weile in Deutschland gelebt haben, fällt es ihnen, wenn ihre Sprachkenntnisse sich verbessert haben, wenn ein regelmäßiges eigenes Einkommen vorhanden ist und wenn sie sich mit der deutschen Bürokratie vertraut gemacht haben, leichter, die nächste Wohnung in einem gewünschten Wohngebiet zu erhalten. Doch um einen solchen Umzug zu ermöglichen, müsste die Zahl der verfügbaren preiswerten Wohnungen in Köln insgesamt deutlich gesteigert werden. Aktuell erfordert die Wohnungssuche für alle Beteiligten starke Nerven und viel Geduld.

Über die Autor_innen



Prof. Dr. Jörg Blasius

Prof. Dr. Jörg Blasius ist seit 2001 am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Abt. Soziologie, der Universität Bonn. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Methoden der empirischen Sozialforschung, der angewandten Statistik (insbesondere Korrespondenzanalyse), der Stadtsoziologie, sowie der sozialen Ungleichheit und der Lebensstile. Von 2006 bis 2010 war er Präsident der RC33 (Logic and Methodology in Sociology) der ISA (International Sociological Association). Jörg Blasius ist Mitherausgeber der Sage-Serie *Research Methods for Social Scientists*. Email: jblasius@uni-bonn.de

Homepage: <http://www.politik-soziologie.uni-bonn.de/institut/lehrkoerper/blasius>



Felix Leßke, M. A.

Felix Leßke, Jg. 1988, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den *Kölner Flüchtlings-Studien*, die er seit dem Tod von Professor Friedrichs administrativ leitet. Zudem ist er Doktorand am Fachbereich Soziologie der Universität Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind quantitative empirische Sozialforschung, Migrations- und Flüchtlingsforschung, klassische soziologische Theorie sowie Sozialstruktur- und Ungleichheitsanalyse.



Kim Elaine Singfield, M. A.

Kim Elaine Singfield, Jg. 1992, M.A., war zunächst wissenschaftliche Hilfskraft in den Kölner Flüchtlings-Studien. Im Anschluss an ihren Abschluss im Bereich Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, unterstützt sie dieses Projekt nun als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der qualitativen empirischen Sozialforschung, Migrations- und Flüchtlingsforschung sowie der deutschen Entwicklungspolitik.

Literaturverzeichnis

- Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C. (2019a): Integration Geflüchteter in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden. Hg. v. Heike Hermann und Jan Üblacker. e.V. Düsseldorf (FGW-Studie - Integrierende Stadtentwicklung, 12). Online verfügbar unter https://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-ISE-12-Wiegandt-2019_01_29-komplett-web.pdf, zuletzt geprüft am 06.11.2019.
- Adam, Francesca; Föbker, Stefanie; Imani, Daniela; Pfaffenbach, Carmella; Weiss, Günther; Wiegandt, Claus-C. (2019b): "Lost in transition"? Integration of refugees into the local housing market in Germany. In: *Journal of Urban Affairs* 5 (20), S. 1–20. DOI: 10.1080/07352166.2018.1562302.
- Ager, Alastair.; Strang, Alison (2008): Understanding Integration. A Conceptual Framework. In: *Journal of Refugee Studies* 21 (2), S. 166–191. DOI: 10.1093/jrs/fen016.
- Allport, Gordon W. (1954): The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.
- Aumüller, Jutta (2018): Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: Frank Gesemann und Roland Roth (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 173–198, zuletzt geprüft am 08.11.2019.
- Aumüller, Jutta; Daphi, Priska; Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Teilhabe - Vernetzung - Engagement - Integration; Expertise. Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.
- Baier, Andreea; Siegert, Manuel (2018): Die Wohnsituation Geflüchteter. BAMF (Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 02/2018). Online verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse11_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-wohnsituation.pdf?blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Baraulina, Tatjana; Bitterwolf, Maria (2016): Resettlement: Aufnahme- und Integrationserfahrungen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Qualitative Studie. BAMF. Nürnberg (Working Paper, 70), zuletzt geprüft am 06.11.2019.
- Bauer, Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung, 10. Verbundprojekt „Flucht: Forschung und Transfer“, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC), (State-of-Research Papier, 10), zuletzt geprüft am 08.11.2019.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017a): Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt (BBSR-Online-Publikation 12/2017). Online verfügbar unter <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2017/bbsr-online-21-2017-dl.pdf?blob=publicationFile&v=2>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017b): Nutzung von Nichtwohngebäuden zur Unterbringung und Wohnraumversorgung von Flüchtlingen. Ein Sondergutachten im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien“. Bonn (BBSR-Online-Publikation, 07/2017). Online verfügbar unter <https://d-nb.info/1135735158/34>, zuletzt geprüft am 08.11.2019.

- Borevi, Karin; Bengtsson, Bo (2015): The tension between choice and need in the housing of newcomers. A theoretical framework and an application on Scandinavian settlement policies. In: *Urban Studies* 52 (14), S. 2599–2615. DOI: 10.1177/0042098014548137.
- Brücker, Herbert; Rother, Nina; Schupp, Jürgen (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Überblick und erste Ergebnisse. Stand: Dezember 2016. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Forschungsbericht, 29), zuletzt geprüft am 10.11.2019.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Königsteiner Schlüssel. Online verfügbar unter [https://www.bamf.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/K/koenigsteiner-schluessel.html?view=render-Help\[CatalogHelp\]&nn=7525838](https://www.bamf.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/K/koenigsteiner-schluessel.html?view=render-Help[CatalogHelp]&nn=7525838), zuletzt geprüft am 22.11.2019.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2019): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Septmeber 2019. Online verfügbar unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-september-2019.html?nn=284722>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Bundestag (04.07.2019): Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes. Fundstelle: Bundesgesetzblatt 2019 Teil 1 (25), S. 914–915.
- Darling, Jonathan (2017): Asylum in Austere Times. Instability, Privatization and Experimentation within the UK Asylum Dispersal System. In: *Journal of Refugee Studies* 29 (4), S. 483–505. DOI: 10.1093/jrs/few038.
- Die Bundesregierung (2017): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - Neue Chancen. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/441038/acdb01cb90b28205d452c83d2fde84a2/2007-08-30-nationaler-integrationsplan-data.pdf?download=1>, zuletzt geprüft am 17.11.2019.
- Die Bundesregierung (2019): Regierungspressekonferenz vom 27. Februar 2019. Mitschrift. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-27-februar-2019-1585156>.
- Doomernik, Jeroen; Glorius, Birgit (2017): Refugee Migration and Local Demarcations. New Insight into European Localities. In: *Journal of Refugee Studies* 29 (4), S. 429–439. DOI: 10.1093/jrs/few041.
- El-Menouar, Yasemin (2019): Befragung von Migranten. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 943–956.
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere. Hg. v. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (40).
- Farwick, Andreas (2009): Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Stadt, Raum und Gesellschaft).
- Farwick, Andreas (2018): Segregation und Integration - ein Gegensatz? Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216880/segregation-und-integration?p=all>, zuletzt geprüft am 22.08.2019.
- Friedrichs, Jürgen; Leßke, Felix; Schwarzenberg, Vera (2017): Sozialräumliche Integration von Flüchtlingen. Das Beispiel Hamburg-Harvestehude. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67 (27-29), S. 34–40.
- Friedrichs, Jürgen; Leßke, Felix; Schwarzenberg, Vera (2019): Fremde Nachbarn. Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen. Wiesbaden: Springer.

- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78 (6), S. 1360–1380. Online verfügbar unter www.jstor.org/stable/2776392, zuletzt geprüft am 20.11.2019.
- Häußermann, Hartmut (2018 [2009]): Behindern „Migrantenviertel“ die Integration? In: Frank Gesemann und Roland Roth (Hg.): *Handbuch Lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 393–406.
- Holm, Andrej; Junker, Stephan (2019): Die Wohnsituation in 77 deutschen Großstädten. *Stadtprofil Köln*. Düsseldorf, Berlin. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf_fof/100892.pdf, zuletzt geprüft am 04.11.2019.
- Lubbers, Marcel; Coenders, Marcel; Scheepers, Peer (2006): Objections to Asylum Seeker Centres. Individual and Contextual Determinants of Resistance to Small and Large Centres in the Netherlands. In: *European Sociological Review* 22 (3), S. 243–257. DOI: 10.1093/esr/jci055.
- Murdie, Robert A. (2008): Pathways to Housing. The Experiences of Sponsored Refugees and Refugee Claimants in Accessing Permanent Housing in Toronto. In: *Int. Migration & Integration* 9 (1), S. 81–101. DOI: 10.1007/s12134-008-0045-0.
- Ottersbach, Markus; Wiedemann, Petra (2017): Die Unterbringung von Flüchtlingen in nordrheinwestfälischen Kommunen. Aspekte eines integrierten Gesamtkonzepts zur nachhaltigen Integration von Flüchtlingen am Beispiel der Stadt Köln. Unter Mitarbeit von Deborah Funderich. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW). Düsseldorf. Online verfügbar unter https://forumwk.de/wp-content/uploads/2017/02/201701_Studie_Ottersbach_Unterbringung_Koeln_.pdf, zuletzt geprüft am 07.11.2019.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling alone. The collapse and revival of American community*. 1. touchstone ed. New York, NY: Simon & Schuster.
- Rat der Stadt Köln (2016): Niederschrift über die 24. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.09.2016. Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/get-file.asp?id=582445&type=do&.>, zuletzt geprüft am 09.10.2019.
- Schammann, Hannes; Kühn, Boris (2016): *Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, zuletzt geprüft am 08.11.2019.
- Schönwälder, Karen; Petermann, Sören; Hüttermann, Jörg; Vertovec, Steven; Hewstone, Miles; Stolle, Dietlind et al. (2016): *Diversity and Contact. Immigration and Social Interaction in German Cities*. London, s.l.: Palgrave Macmillan UK (Global Diversities).
- Söhn, Janina; Birke, Peter; Bluhm, Felix; Marquardsen, Kai; Prekodravac, Milena; Vogel, Berthold; Prahms, Alicia (2017): Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen. Forschungsbericht. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Göttingen. Online verfügbar unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/52352>, zuletzt geprüft am 04.11.2019.
- Stadt Köln (2004): Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln. Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004. Unter Mitarbeit von Dezernat für Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung. Online verfügbar unter <https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf5620/1.pdf>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Stadt Köln (2015): Aktuelle Informationen zur Flüchtlingssituation. 2. Bericht an den Ausschuss Soziales und Senioren zur Sitzung am 20.08.2015. Köln. Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/get-file.asp?id=514239&type=do&.>, zuletzt geprüft am 01.11.2019.

- Stadt Köln (2016): Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. 6. Bericht an den Ausschuss Soziales und Senioren zur Sitzung am 25.02.2016. Köln. Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=544936&type=do&>, zuletzt geprüft am 11.11.2019.
- Stadt Köln (2017a): Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. 13. Bericht an den Ausschuss Soziales und Senioren zur Sitzung am 09.03.2017. Köln. Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=602640&type=do&>, zuletzt geprüft am 18.11.2019.
- Stadt Köln (2017b): Das Kooperative Baulandmodell Köln. Richtlinie und Umsetzungsanweisung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2017. Online verfügbar unter https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf61/koopblm_stand_2017.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2019.
- Stadt Köln (2018a): Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ - Stand der Umsetzung September 2018. Köln. Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=695303&type=do&>, zuletzt geprüft am 09.10.2019.
- Stadt Köln (2018b): Wohnen in Köln. Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2017. Ausblick 2018. Online verfügbar unter https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf56/bericht_wohnen_in_k%C3%B6ln_2017_rz_wik_2017_pdfua_181026.pdf, zuletzt geprüft am 22.08.2019.
- Stadt Köln (2018c): Situation Geflüchteter in Köln. 20. Bericht (I. Quartal 2018). Online verfügbar unter <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=660611&type=do&>, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Stadt Köln (2019a): Kölner Statistische Nachrichten – 1/2019, Statistisches Jahrbuch Köln 2018, 95. Jahrgang. Online verfügbar unter https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/15_statistisches_jahrbuch_2018_bfrei.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2019.
- Stadt Köln (2019b): Situation Geflüchteter in Köln. 25. Bericht (II. Quartal 2019). Unter Mitarbeit von Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt und Amt für Wohnungswesen. Online verfügbar unter https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf56/25_bericht_zur_situation_gefl%C3%BChteter_-_barrierefrei.pdf, zuletzt geprüft am 31.10.2019.
- Stadt Köln (21.08.2019): Neues Konzept für „Auszugsmanagement“. Projekt bindet künftig neben Trägern auch das Ehrenamt stärker ein. Köln. Online verfügbar unter <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/mitteilungen/20930/index.html>, zuletzt geprüft am 26.10.2019.
- Stadt Köln, Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt (Stadt Köln) (2011): Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft. Köln. Online verfügbar unter https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf-dezernat5/interkulturelles-referat/stk_integrationskonzept_2011_bf-12-.pdf, zuletzt geprüft am 25.10.2019.
- Statista (2018): Wohnimmobilienmarkt in Köln. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/studie/id/17062/dokument/wohnmobilienmarkt-in-koeln-statista-dossier/>, zuletzt geprüft am 08.10.2019.
- Voigtländer, Michael; Seipelt, Björn (2017): Perspektive für private Kleinvermieter. Gutachten für den Kölner Haus- und Grundbesitzerverein 1888 und Haus und Grund Düsseldorf und Umgebung. IW. Köln. Online verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/361123/Gutachten_Perspektiven_fuer_private_Kleinvermieter.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2019.
- von Einem, Eberhard (2017): Wohnungen für Flüchtlinge. Aktuelle sozial- und integrationspolitische Herausforderungen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS (essentials).

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

Wendel, Kay (2014): Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich. Hg. v. Förderverein PRO ASYL e.V. Frankfurt am Main. Online verfügbar unter https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/09/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_02.pdf, zuletzt geprüft am 04.04.2016.

Wilson, William Julius (1987): The truly disadvantaged. The inner city, the underclass, and public policy. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Anhang

Anhang 1: Liste der Ansprechpartner bei der Adressakquise

Wohnungswesen Köln

Agentur für Arbeit / Integration Point

Industrie- und Handelskammer zu Köln (IHK), Bereich Aus- und Weiterbildung

Initiative: Willkommen in Ostheim (WinOstheim)

Initiative: Willkommen in Rondorf (WiRo)

Koordinierung Ehrenamt des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Köln

WiKu - Willkommenskultur Köln

Caritas

Flüchtlingsrat Köln

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln - Auszugsmanagement

Integrationsrat, Arbeitskreis Flüchtlinge

Interkulturelles Zentrum Ostheim

Kommunales Integrationszentrum Köln

Flüchtlingskoordination Köln

GAG Immobilien AG

Volkshochschule Köln (VHS)

Amt für Wohnungswesen - Stabsstelle Flüchtlingsfragen

Anhang 2: Musterfragebogen (deutschsprachig)



Fragebogennummer: _____

InterviewerIn (Nummer): _____

Fragebogen für Flüchtlinge in Kölner Wohnungen

Guten Tag! Ich komme von der Universität Bonn. Wir möchten mit unserer Befragung herausfinden, welche Schwierigkeiten Geflüchtete haben, wenn sie eine eigene Wohnung suchen. Ihre Antworten bleiben selbstverständlich anonym, sie werden ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke verwendet.

1. Seit wann wohnen Sie hier in Ihrer eigenen Wohnung?

Jahr: Monat:

2. Wie viele Quadratmeter hat Ihre Wohnung?

_____qm

3. Wie viele Zimmer hat Ihre Wohnung? (Küche und Badezimmer werden nicht dazugezählt)
[Int: Halbe Zimmer werden als Ganze gezählt]

_____Zimmer

4. Wie viele Personen wohnen in dieser Wohnung? Sie selbst mit eingeschlossen.

_____Personen

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

5. Wer wohnt mit Ihnen zusammen?
[Int: ggf nachfragen, Anzahl angeben
→ wenn keine Kinder genannt werden, weiter mit Frage 7]

1. Ehemann/-frau	
2. Kinder	
3. Geschwister	
4. Eltern/Schwiegereltern	
5. Freunde	
6. Bekannte	

Andere : _____

6. Wie alt sind Ihre Kinder?

7. Wie beurteilen Sie die Größe Ihrer Wohnung? [Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen]

1. Zu klein	<input type="checkbox"/>
2. Etwas zu klein	<input type="checkbox"/>
3. Gerade richtig	<input type="checkbox"/>
4. Etwas zu groß	<input type="checkbox"/>
5. Zu Groß	<input type="checkbox"/>
Weiß nicht / k.A.	<input type="checkbox"/>

8. Wer ist der Eigentümer Ihrer Wohnung?
[Int: → wenn selbst Eigentümer, weiter mit Frage 10]

1. Ich bin selbst der Eigentümer	<input type="checkbox"/>
2. Privater Eigentümer	<input type="checkbox"/>
3. Sozialer Wohnungsbau (z.B. GAG)	<input type="checkbox"/>
4. Gewerbliches Unternehmen	<input type="checkbox"/>
5. Betriebs-, Werkwohnung	<input type="checkbox"/>
Weiß nicht / k.A.	<input type="checkbox"/>

9. Wie viel Miete zahlen Sie im Monat inkl. Heizung und Warmwasser? (ohne Strom, Internet, Rundfunkgebühren u.ä.)

_____ €

10. Wurde diese Wohnung von Ihnen komplett selbst eingerichtet oder war sie schon vor dem Einzug teilweise oder komplett möbliert?

Komplett selbst eingerichtet	<input type="checkbox"/>
War schon teilweise möbliert	<input type="checkbox"/>
Bis auf die Küche unmöbliert	<input type="checkbox"/>
War schon komplett möbliert	<input type="checkbox"/>

11. Wird die Miete vom Jobcenter oder über andere Sozialleistungen gezahlt?
Nein Ja, teilweise Ja, vollkommen weiß nicht

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

Nun würden wir gerne von Ihnen erfahren, wie Sie nach Deutschland gekommen sind und anschließend eine eigene Wohnung gefunden haben. Dazu stellen wir Ihnen zunächst ein paar Fragen zu Ihrem Weg nach Deutschland und anschließend zu der Wohnungssuche.

12. Was ist Ihr Heimatland? _____

13. Aus welcher Stadt kommen Sie? _____

14. Wann haben Sie Ihre [Heimatstadt] verlassen?

Jahr: Monat:

15. Wann haben Sie Ihr [Heimatland] verlassen?

Jahr: Monat:

16. Sind Sie alleine oder mit einem oder mehreren Mitgliedern Ihrer engeren Familie nach Deutschland gekommen? Mit engerer Familie meinen wir Ehemann/-frau, Kinder, Geschwister, Eltern/Schwiegereltern.

Ja, allein Nein, mit engerer Familie [Int: → falls „ja“, weiter mit Frage 18]

17. Mit wem aus der engeren Familie sind Sie nach Deutschland gekommen?

[Int: Anzahl angeben, ggf. nachfragen]

1. Ehemann/-frau	
2. Kinder	
3. Geschwister	
4. Eltern / Schwiegereltern	
Sonstige Familie: _____	

18. Leben (weitere) Mitglieder Ihrer engeren Familie in Deutschland?
[Int: Anzahl angeben, ggf. nachfragen]

1. Ehemann/-frau	
2. Kinder	
3. Geschwister	
4. Eltern / Schwiegereltern	
Sonstige Familie: _____	

19. Wie viele Mitglieder Ihrer engeren Familie leben in Ihrem Heimatland?
[Int: Anzahl angeben, ggf. nachfragen]

1. Ehemann/-frau	
2. Kinder	
3. Geschwister	
4. Eltern / Schwiegereltern	
Sonstige Familie: _____	

20. Hatten Sie bereits vor Ihrer Flucht aus [Heimatland] Kontakte in Deutschland?

Nein Ja *[Int: → falls „nein“, weiter mit Frage 22]*

21. Zu wem hatten Sie Kontakt? (Mehrfachnennungen möglich)

1. Familienangehörige, die bereits zuvor nach Deutschland gekommen sind.	<input type="checkbox"/>
2. Bekannten, die bereits zuvor nach Deutschland gekommen sind.	<input type="checkbox"/>
3. Zu Deutschen, die in Deutschland leben.	<input type="checkbox"/>
Sonstige: _____	

22. Hatten Sie zu Beginn der Flucht ein oder mehrere Wunschländer, in das Sie gerne gehen wollten?

Nein Ja, eins Ja, mehrere *[Int: → falls „nein“, weiter mit Frage 24]*

23. Welches war Ihr Wunschland / bzw. welches waren Ihre Wunschländer?

[Int: Bitte alle genannten Länder notieren!]

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

24. Seit wann sind Sie in Deutschland?

Jahr: Monat:

25. Wo sind Sie in Deutschland zuerst untergekommen? Bis wann waren Sie dort?

Stadt: _____

Jahr: Monat:

26. Wo waren Sie dann untergebracht? Bis wann waren Sie dort?
[Int: Bitte ausführlich angeben]

Stadt: _____

Jahr: Monat:

Stadt: _____

Jahr: Monat:

Stadt: _____

Jahr: Monat:

Stadt: _____

Jahr: Monat:

Stadt: _____

Jahr: Monat:

27. Ist diese Wohnung Ihre erste eigene Wohnung in Deutschland?

Nein Ja

28. Wann haben Sie begonnen, nach dieser Wohnung zu suchen?

Jahr: Monat:

29. Hatten Sie bei Ihrer Suche Unterstützung außerhalb von der Familie?

Nein Ja *[Int: → falls „nein“, weiter mit Frage 31]*

30. Wer hat Ihnen geholfen?

1. Auszugsmanagement der Stadt Köln	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------	--------------------------

2. Ein Verein / eine Organisation	<input type="checkbox"/>
-----------------------------------	--------------------------

3. Kirche	<input type="checkbox"/>
-----------	--------------------------

4. Andere Institutionen	<input type="checkbox"/>
-------------------------	--------------------------

5. Eine Privatperson (z.B. Paten)	<input type="checkbox"/>
-----------------------------------	--------------------------

Sonstige _____	
----------------	--

31. Haben Sie gute Erfahrungen bei der Wohnungssuche gemacht? Wenn ja, welche?

32. Haben Sie schlechte Erfahrungen bei der Wohnungssuche gemacht? Wenn ja, welche?

33. Was finden Sie an Ihrem Wohngebiet gut?

34. Was finden Sie an Ihrem Wohngebiet schlecht?

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

35. Was trifft auf Ihre Nachbarschaft zu? Bitte sagen Sie mir zu folgenden Aussagen, ob diese auf sie voll zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.
[Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen! Ggf. Wiederholen]

Aussage	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
1. Ich fühle mich hier sicher.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Ich kenne hier nur wenige Personen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Der Weg zur Schule / Arbeit / Sprachkurs ist sehr weit.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Hier ist es schwierig, Personen kennenzulernen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Es gibt zu wenig Freizeitangebote.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Die Verkehrsanbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr ist schlecht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Es gibt zu wenige Einkaufsmöglichkeiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Hier gibt es zu wenig Parks.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Hier ist es zu laut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Hier leben zu viele Ausländer.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Hier gibt es zu viel Kriminalität.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. In der Nähe meiner Wohnung hängen sehr viele Menschen auf der Straße herum.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Ich habe oft Ärger mit meinen Nachbarn.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Hier ist der Alkoholkonsum zu hoch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

36. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Tätigkeiten, ob diese täglich/fast täglich, mehrmals pro Woche, etwa jede Woche, mehrmals im Monat oder seltener/nie zutrifft.

Wie häufig verlassen Sie Ihr Wohngebiet, um...?

[Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen!]

	Täglich/ fast täglich	Mehrmals pro Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener/ Nie
1. ... zur Arbeit zu gehen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. ... die Kinder in die Schule / Kindergarten zu bringen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. ... an einem Sprachkurs teilzunehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. ... Freunde zu treffen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. ... Familienmitglieder zu treffen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. ... Freizeitangebote wahrzunehmen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. ... in die Kirche/Moschee zu gehen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer gegenwärtigen Wohnsituation insgesamt gesehen?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gar nicht									sehr zufrieden

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

38. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Tätigkeit, ob diese täglich/fast täglich, mehrmals pro Woche, etwa jede Woche, mehrmals im Monat oder seltener/nie zutrifft.

Wie viel Kontakt haben Sie innerhalb Ihrer Nachbarschaft zu...

[Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen!]

	Täglich/ fast täglich	Mehrmals pro Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener/ Nie
1. ...Deutschen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. ...Flüchtlingen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. ...anderen Personen Ihres Kulturkreises?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. ... Personen aus anderen Ländern?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Tätigkeit, ob diese täglich/fast täglich, mehrmals pro Woche, etwa jede Woche, mehrmals im Monat oder seltener/nie zutrifft.

Wie viel Kontakt haben Sie außerhalb Ihrer Nachbarschaft zu ...

[Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen!]

	Täglich/ fast täglich	Mehrmals pro Woche	Etwa jede Woche	Mehrmals im Monat	Seltener/ Nie
1. ...Deutschen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. ...Flüchtlingen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. ...anderen Personen Ihres Kulturkreises?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. ... Personen aus anderen Ländern?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. In welchen Sprachen unterhalten Sie sich mit Ihren Freunden? Ist dies...

1. Ausschließlich in Ihrer Muttersprache	<input type="checkbox"/>
2. Überwiegend in Ihrer Muttersprache und außerdem: _____.	<input type="checkbox"/>
3. Überwiegend nicht in Ihrer Muttersprache, sondern: _____.	<input type="checkbox"/>
4. Überhaupt nicht in Ihrer Muttersprache, sondern: _____.	<input type="checkbox"/>

41. Wenn Sie an Ihre Nachbarschaft denken: Inwieweit treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu?
 Bitten sagen Sie mir zu folgenden Aussagen, ob diese auf sie voll zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft. [Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen!]

Aussage:	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
1. Die Leute hier helfen sich gegenseitig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Hier kennen sich die Leute gut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Die Leute hier kommen gut miteinander aus.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Die Leute hier haben Respekt vor Gesetz und Ordnung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Wie gut können Sie Deutsch? Bitte sagen Sie mir ob Sie die folgenden Tätigkeiten auf Deutsch sehr gut, gut, mittelmäßig, eher schlecht oder gar nicht beherrschen.
 [Int: Antwortmöglichkeiten vorlesen!]

	Sehr gut	Gut	Mittelmäßig	Eher schlecht	Gar nicht
1. ...lesen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. ...sprechen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. ...schreiben?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Haben Sie bereits an einem Deutschkurs teilgenommen?

Nein Ja Nehme zurzeit teil

44. Sind Sie aktuell Berufstätig? [Liste (1) übergeben!]
 [Int:→ wenn nicht berufstätig, weiter mit Frage 46]

1. Ich arbeite in Vollzeit (min. 35 Stunden)	<input type="checkbox"/>
2. Ich arbeite in Teilzeit (15 – 34 Stunden)	<input type="checkbox"/>
3. Ich arbeite in Teilzeit oder stundenweise (weniger als 15 Stunden, Minijob)	<input type="checkbox"/>
4. Ich bin zurzeit Beurlaubt (Elternzeit, Krankheit,...)	<input type="checkbox"/>
5. Ich bin Auszubildende(r)/Lehrling / StudentIn / Schüler	<input type="checkbox"/>
6. Ich bin Rentner	<input type="checkbox"/>
7. Ich bin zur Zeit Arbeitslos	<input type="checkbox"/>
Sonstiges: _____	

45. Welche berufliche Tätigkeit üben Sie in Ihrem Hauptberuf aus? [Int: Liste (2) übergeben!]

1. Angehöriger der gesetzgebenden Körperschaft, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte	<input type="checkbox"/>
2. Akademische Berufe/Wissenschaftler	<input type="checkbox"/>
3. Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	<input type="checkbox"/>
4. Bürokräfte und verwandte Berufe	<input type="checkbox"/>
5. Dienstleistungsberufe und Verkäufer	<input type="checkbox"/>
6. Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	<input type="checkbox"/>
7. Handwerks- und verwandte Berufe	<input type="checkbox"/>
8. Bediener von Anlagen und Maschinen, Montageberufe	<input type="checkbox"/>
9. Hilfsarbeitskräfte	<input type="checkbox"/>
10. Selbstständig	<input type="checkbox"/>
Sonstiges: _____	

46. Welche Aussage trifft am ehesten auf Sie zu? [Int: Liste (3) übergeben!]

1. Ich möchte nach Möglichkeit für immer in Deutschland bleiben.	<input type="checkbox"/>
2. Ich möchte nach Möglichkeit noch ein paar Jahre in Deutschland bleiben, dann aber wieder zurück in mein Heimatland gehen.	<input type="checkbox"/>
3. Ich möchte in ein anderes Land, und zwar: _____.	<input type="checkbox"/>
4. Sobald die Rückkehr sicher ist, möchte ich so schnell wie möglich in mein Heimatland zurückkehren.	<input type="checkbox"/>

Jetzt haben wir es fast geschafft. Nun folgen nur noch einige Angaben für die Statistik!

47. Geschlecht [Int: Nicht fragen, eintragen!]: Weiblich Männlich

48. In welchem Jahr sind Sie geboren? _____ (Jahreszahl angeben)

49. In welchem Land sind Sie geboren? _____

50. Wie lange haben Sie in Ihrem Heimatland die Schule besucht?

Keine Schule besucht	<input type="checkbox"/>
1 - 4 Jahre	<input type="checkbox"/>
5 - 6 Jahre	<input type="checkbox"/>
7 - 10 Jahre	<input type="checkbox"/>
> 10 Jahre	<input type="checkbox"/>

51. Welchen Familienstand haben Sie?

1. Verheiratet	<input type="checkbox"/>
2. Ledig	<input type="checkbox"/>
3. Geschieden	<input type="checkbox"/>
4. Verwitwet	<input type="checkbox"/>

Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum

52. Was ist ihr aktueller Schutzstatus? [Int: Liste (4) übergeben!]

1. Flüchtlingsstatus (mit Aufenthaltserlaubnis)	<input type="checkbox"/>
2. Flüchtlingsstatus (mit Niederlassungserlaubnis)	<input type="checkbox"/>
3. Asylberechtigt (mit Aufenthaltserlaubnis)	<input type="checkbox"/>
4. Asylberechtigt (mit Niederlassungserlaubnis)	<input type="checkbox"/>
5. Subsidiärer Schutz	<input type="checkbox"/>
6. Abschiebungsverbot	<input type="checkbox"/>
7. Duldung	<input type="checkbox"/>
8. Keinen	<input type="checkbox"/>
Sonstiges: _____	

53. Wenn Sie alle regelmäßigen Einkünfte zusammen rechnen: Wie hoch ist ihr monatliches Nettoeinkommen? [Int: Liste (5) zum Haushalts-Nettoeinkommen vorlegen] Bitte nennen Sie mir nur den Buchstaben, der auf der Liste steht.

___ (Bitte Buchstaben eintragen!)

- weiß nicht
- keine Angabe

54. Vielen Dank für Ihre Teilnahme an unserer Befragung! Für unsere Befragung ist es wichtig, möglichst viele Flüchtlinge zu befragen, die in einer eigenen Wohnung wohnen. Daher möchten wir Sie abschließend fragen, ob Sie uns weitere Personen nennen können, die wir für eine Befragung kontaktieren können? *[Int: Diese Liste umgehend an uns weiterleiten]*

Name	Adresse	Telefonnummer	E-Mail

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Datum: _____

Uhrzeit: _____

Dauer: _____

Sprache: _____

InterviewerInnen: **BITTE DIE NÄCHSTEN SEITEN BEACHTEN!**

Fragen an den Interviewer

Bitte folgende Fragen sofort nach dem Interview beantworten!

→ Machen Sie ein Foto von dem Wohnhaus und der Straße, in der die Befragung stattgefunden hat. Dieses können Sie unter Angabe der Fragebogennummer umgehend per E-Mail an uns schicken.

1. Waren während des Interviews dritte Personen anwesend? (Mehrfachnennungen möglich)

1. Nein	<input type="checkbox"/>
2. Ja, Partner	<input type="checkbox"/>
3. Ja, Kinder	<input type="checkbox"/>
4. Ja, Verwandte	<input type="checkbox"/>
5. Ja, Nachbarn	<input type="checkbox"/>
6. Ja, Freund/Bekannte	<input type="checkbox"/>
7. Sonstige: _____	

2. Hat eine dritte Person in das Interview eingegriffen?

1. Ja, häufig	<input type="checkbox"/>
2. Ja, manchmal	<input type="checkbox"/>
3. nein	<input type="checkbox"/>

3. Wie war die Bereitschaft der/des Befragten, die Fragen zu beantworten?

1. Gut	<input type="checkbox"/>
2. Mittelmäßig	<input type="checkbox"/>
3. Schlecht	<input type="checkbox"/>
4. Anfangs gut, später schlecht	<input type="checkbox"/>
5. Anfangs schlecht, später gut	<input type="checkbox"/>

4. Beschreiben Sie den Zustand der Wohnungseinrichtung!
Bsp.: [1] = sehr sauber [5] = sehr schmutzig

Sauber – Schmutzig	_____
Neuwertig – Abgenutzt	_____
Gepflegt – Nachlässig	_____
Heil – Beschädigt	_____
Luxuriös – Ärmlich	_____

5. Beschreiben Sie den Zustand der Wände!
Mehrfachnennung möglich!

1. Sauber	<input type="checkbox"/>
2. Leicht vergilbt	<input type="checkbox"/>
3. Stark vergilbt	<input type="checkbox"/>
4. Feucht	<input type="checkbox"/>
5. Schmutzig, fleckig	<input type="checkbox"/>

6. Beschreiben Sie den Zustand des Wohnhauses!
Bsp.: [1] = sehr sauber [5] = sehr schmutzig

Sauber – Schmutzig	_____
Neuwertig – Abgenutzt	_____
Gepflegt – Nachlässig	_____
Heil – Beschädigt	_____
Luxuriös – Ärmlich	_____

7. Um welchen Haustyp handelt es sich?

1. Landwirtschaftliches Wohngebäude	<input type="checkbox"/>
2. Freistehendes Ein-/Zweifamilienhaus	<input type="checkbox"/>
3. Reihenhaus oder Doppelhaushälfte	<input type="checkbox"/>
4. Wohnhaus mit 3-4 Wohnungen	<input type="checkbox"/>
5. ... mit 5-8 Wohnungen	<input type="checkbox"/>
6. ... Hochhaus	<input type="checkbox"/>
7. Sonstiges: _____	

Bitte bestätigen Sie mit Ihrer Unterschrift, dass Sie das Gespräch ordnungsgemäß durchgeführt haben:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

(1) LISTE ZUR BERUFSTÄTIGKEIT (Frage 44)

„Sind Sie aktuell Berufstätig?“

1. Ich arbeite in Vollzeit (min. 35 Stunden)
 2. Ich arbeite in Teilzeit (15 – 34 Stunden)
 3. Ich arbeite in Teilzeit oder stundenweise (weniger als 15 Stunden, Minijob)
 4. Ich bin zurzeit Beurlaubt (Elternzeit, Krankheit,...)
 5. Ich bin Auszubildende(r)/Lehrling / StudentIn / Schüler
 6. Ich bin Rentner
 7. Ich bin zur Zeit Arbeitslos
- Sonstiges: _____

(2) LISTE ZUM AUSGEÜBTEN BERUF (Frage 45)

„Welche berufliche Tätigkeit üben Sie in Ihrem Hauptberuf aus?“

1. Angehöriger der gesetzgebenden Körperschaft, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte

2. Akademische Berufe/Wissenschaftler

3. Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe

4. Bürokräfte und verwandte Berufe

5. Dienstleistungsberufe und Verkäufer

6. Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei

7. Handwerks- und verwandte Berufe

8. Bediener von Anlagen und Maschinen, Montageberufe

9. Hilfsarbeitskräfte

10. Selbstständig

Sonstiges: _____

(3) LISTE ZUM MÖGLICHEN VERBLEIB IN DEUTSCHLAND (Frage 46)

„Welche Aussage trifft am ehesten auf Sie zu?“

1. Ich möchte nach Möglichkeit für immer in Deutschland bleiben.
2. Ich möchte nach Möglichkeit noch ein paar Jahre in Deutschland bleiben, dann aber wieder zurück in mein Heimatland gehen.
3. Ich möchte in ein anderes Land, und zwar: _____.
4. Sobald die Rückkehr sicher ist, möchte ich so schnell wie möglich in mein Heimatland zurückkehren.

(4) LISTE ZUM AKTUELLEN SCHUTZSTATUS (Frage 52)

„Was ist ihr aktueller Schutzstatus?“

1. Flüchtlingsstatus (mit Aufenthaltserlaubnis)
 2. Flüchtlingsstatus (mit Niederlassungserlaubnis)
 3. Asylberechtigt (mit Aufenthaltserlaubnis)
 4. Asylberechtigt (mit Niederlassungserlaubnis)
 5. Subsidiärer Schutz
 6. Abschiebungsverbot
 7. Duldung
 8. Keinen
- Sonstiges: _____

(5) LISTE HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN (Frage 53)

„Wie hoch ist Ihr monatliches Haushaltseinkommen?“

G	Unter 500 €
Q	500 bis 749 €
F	750 bis 999 €
A	1000 bis 1249 €
R	1250 bis 1499 €
I	1500 bis 1749 €
O	1750 bis 1999 €
K	2000 bis 2249 €
C	2250 bis 2499 €
M	2500 bis 2749 €
L	2750 bis 3000 €
B	3000 bis 3449 €
E	3500 bis 3999 €
P	4000 bis 4999 €
N	5000 bis 5999 €
H	6000 und mehr

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung
